

Alain Lipietz

Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«

Mitte der 70er Jahre stellten einige französische Forscher eine Reihe mehr oder weniger übereinstimmender (und später eher variierender) Analysen zu den Problemen des vormaligen ökonomischen Wachstums und der gegenwärtigen Krise vor, und zwar mit den Konzepten »Akkumulationsregime« und »Regulation«¹.

Von den zentralen Konzepten, die aus diesen Überlegungen entstanden (»Konfiguration sozialer Verhältnisse«, »Akkumulationsregime«, »Lohnverhältnis«, usw.), ist das Konzept der »Regulation« sicher das umstrittenste. Mit diesem Beitrag wollen wir versuchen, die Bedeutung dieses Konzepts im Rahmen dieser Denkschule zu erhellen. Wir lassen dabei bewußt die schwierigeren und komplexeren internationalen Aspekte beiseite, obwohl es bereits einige Arbeiten in diesem Bereich gibt, die mit diesen Konzepten erfolgreich umgegangen sind².

In einem ersten sehr methodischen Teil versuchen wir die verschiedenen Konzepte mit der größtmöglichen Vorsicht einzuführen. In einem zweiten Schritt erinnern wir an die Unterschiede zwischen der Krise der 30er Jahre und der Krise der 70er Jahre, so wie sie angesichts dieser Konzepte erscheinen. Im dritten Teil stellen wir, immer im Rahmen des gleichen Ansatzes, einige Fragen hinsichtlich des Vertrauens in einen rein technologischen Ausweg aus der Krise (genauer gesagt: eines elektronischen Ausweges).

I. Methodische Fragen³

Was verstecken wir unter »Regulation« (der sozialen Verhältnisse)? Ehrlicherweise müssen wir den Leser vorwarnen: dies wird erst im Verlaufe der Anwendung des Konzeptes richtig klar. Ein Konzept ist ja auch nur ein Mittel, die Wirklichkeit zu erfassen, also ein Hilfsmittel unseres Denkens: wir konstruieren es mit einer Zielsetzung, im Hinblick auf Probleme, die wir uns stellen. Die Probleme, die uns am Beginn unseres Unterfangens gestellt waren, entsprangen aus der großen Krise des Kapitalismus, die nach einer langen Latenzphase dann in den 70er Jahren offensichtlich wurde. Wir nennen *Regulation eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seinen konfliktorischen und widersprüchlichen Charakter reproduziert*. Der Begriff der Regulation ist also nur innerhalb der Konstellation: Verhältnis - Reproduktion - Widerspruch - Krise verständlich.

1. Der konfliktorische Charakter der sozialen Verhältnisse als Ausgangspunkt.

Daß die Menschen *innerhalb* von Verhältnissen leben, ist offensichtlich. Aber von *einem* sozialen Verhältnis zu reden, bedeutet eine gewisse Beständigkeit in der Art und Weise, in der die Menschen miteinander in Beziehung treten. Wenn wir bei der unzähligen Menge täglicher sozialer Handlungen von 'sozialen Verhältnissen' reden, dann um die *Regelmäßigkeit* bestimmter sozialer Praktiken zu bezeichnen. Diese Regelmäßigkeit kommt nicht von selbst,

weder objektiv noch subjektiv. Ein scheinbar so einfaches Verhältnis wie der Tausch, dem grundlegenden Paradigma der (Neo-)klassischen Ökonomie, ist in der Praxis so unwahrscheinlich (Adam mit seinem Fisch fällt in die Arme von Smith mit seinem Hirsch), daß es sich niemals gleichmäßig und regelmäßig stabilisiert hat, es sei denn, an den Rändern zwischen zwei Gemeinschaften. Das heute so verbreitete Ware-Geld-Verhältnis hat sich zunächst nur in quasi-experimentellem, abenteuerlichem Embryonal-Zustand entwickelt und wurde erst durch seine historische Verallgemeinerung konsolidiert.

Darüber hinaus nennen wir »Warenverhältnis« oder »Lohnverhältnis« eine Gesamtheit von Praktiken, die erst im Verlaufe der Zeit als vergleichbar erscheinen und die überdies erst dann ihre Form annehmen, wenn sie als solche von denen anerkannt sind, die davon reden, seien es die Akteure selber oder seien es die Theoretiker oder Gesetzgeber. Umgekehrt jedoch sind bestimmte grundlegende soziale Verhältnisse keineswegs als das anerkannt, was sie sind, sondern nehmen die Form von etwas anderem an: Der Lohn und die Bodenrente haben im römischen Recht die Form eines Ware-Geld-Austausches annehmen können und erst die Sozialgesetzgebung hat angesichts der Arbeiterkämpfe des 19. Jhds. dem Lohnverhältnis eine andere Natur als dem Warenverhältnis zugestanden.

Die sozialen Verhältnisse zu identifizieren, bedeutet also, einen theoretischen (und nicht einen empirischen) Akt vorzunehmen, inklusive aller theoretischen Risiken und Gefahren, für die wir selber verantwortlich sind. Dieser Akt ist niemals gesellschaftlich neutral, denn er bezieht sich auf die Vorstellung, die wir uns von der Gesellschaft machen, und insofern kann er zur Rechtfertigung oder zur Infragestellung dieser Verhältnisse beitragen. Denn die *gesellschaftliche Anerkennung* der Natur eines Verhältnisses ist ein Bestandteil des Verhältnisses selbst. Natürlich ist das, was der Theoretiker »anerkennt«, nicht notwendigerweise auch das, was die Gesellschaft anerkennt: so hat der Begriff des »leitenden Angestellten« eine größere praktische Bedeutung als der Begriff »unproduktive Arbeit«. Aber jedes gesellschaftliche Verhältnis, auch die ökonomischen, umfaßt eine Dimension der sozialen Vorstellungskraft und eine alltägliche, rituelle oder politische Kodifizierung.

In jedem Fall ist mit der Identifizierung der sozialen Verhältnisse ein Moment Willkür verbunden, denn die Menschen 'erfinden' unaufhörlich neue Arten und Weisen, miteinander in Beziehung zu treten und neue Gelegenheiten oder neue Wege, um in das *gleiche* Verhältnis zu treten. Die *Dehnbarkeit und Anpassungsfähigkeit* der sozialen Verhältnisse im Verlaufe ihrer historischen Dauer sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts — und dennoch neigen wir dazu, ein Verhältnis nicht mehr wiederzuerkennen, wenn es die Form wandelt, bzw. die Wirklichkeit zu verkennen, wenn wir uns an eine schematische oder überholte Vorstellung der grundlegenden Verhältnisse festklammern. Der Theoretiker kann im günstigsten Fall Typen von Verhältnissen identifizieren oder eher allgemeine Eigenschaften, die typisch sind für eine Gesamtheit sozialer Praktiken, Eigenschaften, die sich häufig und regelmäßig genug wiederholen, um identifizierbar zu sein und an die er dann mit mehr oder weniger Glück die weniger typischen anhängt. Und diese Zuordnung ist eine Sache des Stils und fast schon der Mode.

In den 60er Jahren zerbrachen sich die marxistischen Strukturalisten in Frankreich den Kopf, um eine Vielzahl typischer Konfigurationen sozialer Verhältnisse zu finden, die sie »Produktionsweisen« nannten. Die Theoretiker der Regulation widmeten ihre Aufmerksamkeit insbesondere dem Studium des *Lohnverhältnisses* (*rapport salarial*), auf die Gefahr hin, daß alle anderen Verhältnisse von ihm absorbiert werden (sei es, weil sie dachten, daß dies der Wirklichkeit entsprach, sei es, weil sie annahmen, daß dieses Verhältnis dermaßen dominant war,

daß alle anderen sozialen Formen als Abweichungen gedacht werden konnten). Wie dem auch sei, da die Gesamtheit der Produktionsweisen ein soziales Ganzes bilden, müssen wir die konkrete Verknüpfung der Produktionsweisen untersuchen, also die Beziehung zwischen Systemen von Verhältnissen, die man *sozial-ökonomische Formation* nennt.

Aber kommen wir zum Zentrum unserer Frage zurück: wie können sich die konfliktorischen sozialen Praktiken mit einer solchen Gleichmäßigkeit reproduzieren, daß sie Verhältnisse und Systeme von Verhältnissen bilden? Wir haben bereits eine erste Antwort gegeben, die nicht ganz so unbedeutend ist, wie es scheint: die Anerkennung eines Verhältnisses trägt zu seinem Fortdauern bei. Wir werden diese Bemerkung später genauer erläutern, zunächst jedoch müssen wir betonen, daß ein Verhältnis als ein solches erst erkannt werden kann, wenn es die *Fähigkeit* hat, sich zu reproduzieren. Das bedeutet, daß die in sozialen Beziehungen vereinigten Praktiken zu einem doppelten Resultat führen: sie reproduzieren die Gesamtheit der betroffenen Akteure in ihrer materiellen Existenz und versetzen sie in die Lage, die gleichen Verhältnisse zu akzeptieren, durchzusetzen oder aufgezwungen zu bekommen. Im Rahmen eines Verhältnisses erscheinen die Resultate der sozialen Praktiken den Bedingungen ihres Zustandekommens identisch. Dieses »stroboscopische« Phänomen hat die Sozialwissenschaftler in den 60-70er Jahren derart verwirrt, daß die Feststellung, die theoretischen Bedingungen der *Reproduktion* eines Verhältnisses seien vorhanden, häufig ausreichte, um die Untersuchung der Existenz dieses sozialen Verhältnisses zu beenden.

Daß ein soziales Verhältnis nur dann existiert, wenn es die Fähigkeit hat, sich zu reproduzieren und daß die Reproduktion der Praktiken, die es organisiert, selbst wesentlicher Bestandteil dieses Verhältnisses ist (und uns daher erlaubt, von einem »Verhältnis« zu reden), ist heute unbestritten. Aber es handelt sich um eine Evidenz, die zu lange Zeit den konfliktorischen, widersprüchlichen, unwahrscheinlichen und gewagten Charakter dieser Reproduktion von Praktiken verdeckt hat. Die notwendigen Bedingungen sind nicht hinreichend. Damit die betroffenen Akteure die Verhältnisse reproduzieren, reicht es nicht, daß sie es könnten, auch nicht, wenn sie daran ein Interesse hätten. Zunächst muß ihnen bewußt sein, daß dieses Verhältnis existieren kann (daß es anerkannt ist, selbst in illusorischer Form wie dem »Verkauf der Arbeit«) und daß es sogar als *normal* und natürlich erscheint. Das soziale Verhältnis nistet sich in den Individuen ein, in der Form von Gewohnheiten, von angeeigneten Fertigkeiten, ganz wie akzeptierte Spielregeln, selbst wenn ein jeder versucht, sein eigenes Spiel zu verbessern. Die Fähigkeit einer herrschenden Gruppe, die Spielregeln durchzusetzen, von denen sie profitieren, wird als *Hegemonie* bezeichnet: wir sprechen allgemeiner noch von Hegemonie, um die Fähigkeit eines Modells sozialer Verhältnisse zu bezeichnen, sich als exemplarisch in einem Gemeinwesen oder sogar in Gesellschaften, die es noch nicht organisiert (wie das »amerikanische Modell« in den 50-60er Jahren), durchzusetzen. Selbst die Produktion, die Wahl der Produkte und Produktionsmethoden, ist das Ergebnis von Normen, von *Produktions- und Konsumregeln*. Aber die Autonomie, die Kreativität oder die Unzufriedenheit der Individuen und der sozialen Gruppen (als Folge des widersprüchlichen Charakters sozialer Verhältnisse) führt sie dazu, neue Normen und neue Verhältnisse vorzuschlagen, oder auch einfach innerhalb hegemonialer Verhältnisse eine andere Art und Weise »das Spiel zu spielen« und eine Neuverteilung der Karten zu fordern. Die »Gewohnheit« und die verinnerlichten Normen schließen Divergenzen nicht aus, die sich bis hin zur Abweichung auf türmen können. Sie sichern also niemals alleine die Reproduktion. Die durch die sozialen Verhältnisse hervorgerufenen neuen Beziehungen treten notwendigerweise mit den bisherigen in Konflikt. Das bedeutet nicht, daß das soziale Verhältnis auseinanderbrechen wird: wenn wir es

identifizieren können, dann, weil es nicht zerbrochen ist und die Reproduktion weiter stattfindet — zumindest provisorisch bis hin zur *Krise*. Trotz und sogar *durch* die Auseinandersetzung der in Beziehung stehenden Akteure muß sich das Verhältnis reproduzieren. Aber wie? Das genau ist das *Problem der Regulation*.

Über die *Möglichkeit* der Reproduktion hinaus müssen soziale Prozeduren und Instanzen der Konfliktlösung ihre *Realität* sichern. Dazu tragen die in den Individuen verinnerlichten Normen bei. Aber da die Normen sich mit den jeweiligen Projekten und Konflikten ändern, bedarf es auch einer Regulierung der Transformation dieser Normen. Die sozialen Prozeduren und Instanzen, die diese gemeinsame Modifikation der Normen absichern, bilden ebenfalls *Formen der Regulation*, die zu einer *Regulationsweise* beitragen.

Die erste dieser Formen ist jene, durch die sich die Gesellschaft, so konfliktorisch sie auch sei, darauf einrichtet, wie zuvor weiterzuexistieren: es handelt sich um die politische Ebene, jene der *Souveränität*, die in der modernen Zeit die Form des *Staates* angenommen hat. Der Staat ist die Form der Regulation, damit die verschiedenen Fraktionen der Gesellschaft (die durch die sozialen Verhältnisse bestimmt sind: die sozialen Klassen, die Geschlechter, die Stände oder die Individuen) sich nicht in einem Kampf ohne Ende zerreiben. Nicht etwa, daß der Kampf ein Ende hat, aber solange die hegemoniale Konfiguration sozialer Verhältnisse andauert, gehen die sich im Kampf befindenden Individuen und Klassen nicht vollständig unter. Wie auch immer das jeweilige (private) Erscheinungsbild des »Eintritts in das soziale Verhältnis« aussieht, die Souveränität definiert die Legitimität und das Fortbestehen der Verhältnisse. Die Souveränität institutionalisiert den Markt und das Geld (als gesellschaftliches Verhältnis), und sie kodifiziert das Lohnverhältnis.

Aber daß wir uns nicht täuschen: die Staatsform ist weder Garant noch Ausdruck einer Harmonie in dem Sinne, daß die Mitglieder der Gemeinschaft dort keinen Grund mehr hätten, zu kämpfen. Sie ist Ausdruck einer Hegemonie, die sich im allgemeinen durch die Herrschaft bestimmter sozialer Gruppen darstellt. Gewalt ist also das letzte Mittel der Staatsform, doch wenn die Gewalt jedesmal zur Reproduktion der sozialen Verhältnisse notwendig wäre, dann spräche man nicht mehr vom Staat. Im allgemeinen reproduziert der Staat eine Hegemonie, die sich in ihm und die er ausdrückt. Es ist eine Hegemonie, die durch *Zwang* gepanzert ist: die Normen, die der Staat symbolisiert, sind aus freien Stücken oder mit Hilfe von Zwang verinnerlicht und akzeptiert, und in Fällen des Konflikts zwischen dem Alten und dem Neuen und zwischen widersprüchlichen Interessen entspricht die Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung einer Anerkennung der Schiedsrichterrolle des Staates: er hat das »Monopol der legitimen Gewalt«.

In Anlehnung an diese archetypische Form entfalten sich die anderen Formen der Regulation in *institutionellen Formen* und *Netzen*.

Die institutionellen (oder strukturellen) Formen sind die Erscheinungs- und sogar legalen Formen, in denen die betreffenden Akteure ihren Eintritt in das soziale Verhältnis (er)leben (selbst wenn sie kein entsprechendes Bewußtsein von der Natur dieses Verhältnisses haben): die Spielregel (im Gegensatz zur stummen und immanenten Realität) macht das Band, das sie vereint, deutlich. Diese Formen sind durch Übereinkunft und Gewohnheit kodifiziert, häufig sogar, bevor sie das Siegel der Souveränität erhalten. Sie sind das Resultat eines *institutionalisierten Kompromisses*: den Tausch von Waren gegen Geld zu akzeptieren, ist bereits ein Kompromiß gegenüber der latenten Gewalt bei der Vergesellschaftung privater Arbeiten; einen Lohn zu akzeptieren, das bedeutet einen Kompromiß, der über die Höhe des Lohnes nicht vorentscheidet. Um die — durch die Konfliktualität der Verhältnisse — prekäre Regu-

lation zu sichern, haben die institutionellen Formen auch eine Geschichte und sind sie ein Ergebnis der Kämpfe von Individuen und Klassen. Die Kodifizierung des Lohnverhältnisses entfaltet sich in Tarifvereinbarungen, im indirekten Lohn («Wohlfahrtsstaat») usw.; die des Tausches in sukzessiven Reformen des Geldes und des Kredits.

Aber diese institutionellen Formen, zumindest soweit sie Formen der *Vermittlung* in Gang setzen (Geld, indirekter Lohn), erfordern eine materielle Organisation dieser Vermittlungen: Staatsadministration, Institutionen der Geldzirkulation und -verwaltung und Organisationen des Wohlfahrtsstaates. Wir werden im folgenden diese Organisationsformen der täglichen Reproduktion 'Netze' (réseaux) nennen.

Mit dem bisher Gesagten wollten wir vor allem die Aufmerksamkeit auf drei Punkte lenken, die unserer Meinung nach bei der Analyse sozio-ökonomischer Verhältnisse erforderlich sind:

- Die theoretische Analyse der Reproduktion dieser Verhältnisse und damit ihre Anforderungen und ihre Dynamik. Man könnte sie *immanente* Gesetze oder Tendenzen nennen, die das gewohnheitsmäßige Verhalten der ins soziale Verhältnis gesetzten Akteure 'überragen'.
- Die Hervorhebung sozialer Prozesse, die die Individuen und Gruppen zwingen, sich an die Logik bestehender Verhältnisse zu halten und die damit als Gesetze oder als Kräfte mit *Zwangsgewalt* wirken.
- Die Verinnerlichung einer Deutung der sozialen Realität durch Individuen oder Gruppen, sowie ihrer *Triebkräfte* und Verhaltensnormen und schließlich der Antizipation und der Auswahl, die jeweils vereinbar sind mit der Reproduktion des Ganzen (auch wenn sie es tendenziell verändern).

Die Gesamtheit dieser Realitätsebenen bildet eine Art »soziales Muster« (»moule social«), welches die strukturelle Stabilität der Gesellschaft wiedergibt. Die mehr oder weniger unvermeidliche Akkumulation von Unterschieden und Widersprüchen zwischen den Ebenen (die selbst eine Folge des widersprüchlichen und konfliktorischen Charakters der sozialen Verhältnisse sind) kann zu Diskontinuitäten in der Reproduktion dieser Verhältnisse führen: den *Krisen*. In manchen Fällen drückt die Krise nur die Unvereinbarkeit von Antizipationen und Verhaltensweisen aus; entsprechend den institutionellen Formen der geltenden Regulationsweise müssen die mit Zwangsgewalten ausgestatteten Kräfte im Prinzip »jeden zur Vernunft bringen«, d.h. zurück zur immanenten Logik der gegenwärtigen Konfiguration sozialer Verhältnisse. Man spricht in diesem Fall von »kleinen Krisen« oder von »Krisen *innerhalb* der Regulation«. Aber es kann auch sein, daß die Krise ein Mißverhältnis ausdrückt zwischen den durch das Funktionieren der Regulationsweise selber eingeführten Verhaltensweisen einerseits und den Tendenzen oder Erfordernissen der Reproduktion sozialer Verhältnisse in der sozial-ökonomischen Formation andererseits. In diesem Fall sprechen wir von einer »großen Krise« oder »Krise der Regulation«.

In beiden Fällen ist die Krise nur die andere Seite der Regulation: die eine enthält die ursprüngliche Konflikthaftigkeit der sozialen Verhältnisse, die andere drückt sie aus. Anders gesagt: die Krise bricht dann aus, wenn die Regulation einen »katastrophischen« Punkt erreicht hat und die strukturelle Stabilität der Gesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Soll man deshalb, eben weil eine Regulationsweise vorübergehend die wenig wahrscheinliche Stabilität der Reproduktion sozialer Verhältnisse sichert, die Sache so verstehen, daß diese Regulationsweise »dafür da ist«, daß sie errichtet wurde *mit dem Ziel*, das Verhältnis am Leben zu halten, daß ihre *Funktion* die Reproduktion dieses Verhältnisses ist und daß ihre stabilisierende Wirkung die Ursache ihrer eigenen Existenz ist? Das hieße die Erfordernisse oder die theoretischen Voraussetzungen eines im Nachhinein identifizierten und theoretisierten

sozialen Verhältnisses (wenn es schon den Beweis seiner Reproduzierbarkeit gegeben hat) zu verwechseln mit den historischen Bedingungen seines Entstehens, so als ob die Geschichte die Verwirklichung dieses Verhältnisses vorbereitet und als Ziel seine Verwirklichung gehabt habe.

Selbst wenn wir die politischen Gefahren einer solchen Sichtweise beiseiteschieben, so führt sie auf theoretischer Ebene doch unweigerlich zu einer Fetischisierung des Konzeptes und zu einer Subjektivierung der Strukturen («Die Produktionsweise erfordert oder erzwingt zu ihrer Entwicklung die Einrichtung dieser oder jener institutionellen Form und schreibe das jeweilige Verhalten der Akteure vor, ganz wie ein Regisseur seinen Schauspielern»). Neben der epistemologischen und ontologischen Fragwürdigkeit, die bei den implizit funktionalistischen oder finalistischen theoretischen Konzepten⁴ nicht immer augenscheinlich ist, muß u.E. der Determinismus und die Eindeutigkeit des Entstehungsprozesses von sozialen Formen, die unerbittlich aus ihm folgt, grundlegend zurückgewiesen werden. Denn sonst wären die *Verschiedenheit* (von einer Gesellschaft zur nächsten) und die *Veränderlichkeit* (von einer Epoche zur anderen) der Konfigurationen sozialer Verhältnisse ebenso völlig unverständlich wie der Prozeß der Verknüpfung von Produktionsweisen oder von partiellen Regulationsformen, die zur Reproduktion von dennoch grundlegend vergleichbaren Verhältnissen beitragen. Diese Formbarkeit der Verhältnisse selbst ist nur dann verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß es wir Theoretiker sind, die die sozialen Verhältnisse in der Praxis konkreter Menschen als solche erkennen und daß es nicht die Verhältnisse selbst sind, die sich (im Begriff) entfalten. Der Aufbau und die Stabilisierung dieser Verhältnisse ist das Ergebnis des Kampfes von Klassen oder Gruppen, von *sozialen Bewegungen*, die auf dem Boden vorherexistierender Verhältnisse entstanden, welche sich manchmal unterscheiden von denjenigen, zu deren Stabilisierung sie beitragen. Somit sind sie zwar durch die bestehenden Umstände determiniert, aber sie enthalten immer diese Vermittlung, diese nicht reduzierbare Vorhersehbarkeit, die notwendigerweise in der Vermittlung des *gedanklichen Projekts* zwischen den »Interessen« und den Verhaltensweisen enthalten ist.

Bedeutet dies, daß die Geschichte nur ein Kaleidoskop zufälliger Bewegungen ist, über die wir nichts sagen können und bleibt uns nur, uns an ihre Chronologie zu klammern? Natürlich nicht. Zunächst einmal ist nicht alles realisierbar: nicht jede Neuerung kann bestehen und nicht jede Konfiguration von Verhältnisse ist stabil. Wie gesagt, wenn ein soziales Verhältnis untersucht werden kann, dann weil es sich stabilisiert und also seine Widersprüche gelöst hat. Es existiert also ein Stoff zur *allgemeinen* Untersuchung einer Produktionsweise, ihrer Widersprüche und auch der logischen Erfordernisse ihrer Stabilisierung. Es existiert darüber hinaus Material zur *besonderen* Untersuchung von Lösungen, die die Geschichte diesen Widersprüchen zuführt und die immer originell und a priori unerwartet sind. Denn die konkrete Erfüllung dieser Erfordernisse ist keineswegs eine notwendige Materialisierung einer im Himmel der Ideen vorherexistierenden Struktur. Es ist eine geschichtliche *Fundsache*. Sie ist manchmal eine *Montage*, wenn die hegemoniale Gruppe explizit die Lösung eines Widerspruchs gesucht und sie zufällig gefunden hat. Doch im Allgemeinen ist sie das Ergebnis sozialer Innovationen, die jeder Gemeinschaft innewohnen, die sich als Staat-Nation organisiert hat, ja sogar eines Zusammenwirkens, das sich als Komplementarität paralleler Prozesse erweist, die sich in den verschiedenen sozial-ökonomischen Formationen abspielen. Diese Innovationen sind das Ergebnis von Konflikten und institutionalisierten Kompromissen zwischen Projekten, von denen meist kein einziges besonders viel mit dem Ergebnis zu tun hat!

2. Der Kapitalismus: Struktur, Widersprüche, Akkumulationsregime und Regulationsweisen.

Wir können die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise als eine Kombination von zwei oder drei grundlegenden Verhältnissen fassen: des Warenverhältnisses (Geldverhältnis) und des Lohnverhältnisses, welches entsprechend den Denkschulen wiederum in zwei Bestandteile zerlegt werden kann.

a) Das Warenverhältnis

Das Warenverhältnis ist für eine Gesellschaft konstitutiv, in der die Produktion für die Gesellschaft von privaten ökonomischen Einheiten durchgeführt wird, die unabhängig von einander operieren. Der Widerspruch wird durch den Tausch gelöst, der einen doppelten Aspekt enthält:

- in einer getauschten Ware wird die in ihrer Produktion enthaltene Arbeit gesellschaftlich anerkannt und
- der Eigentümer der ökonomischen Einheit, die die Ware produziert hat, erwirbt mit dem Tausch ein *Recht* auf einen äquivalenten Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit, die in einer anderen Einheit der Arbeitsteilung produziert wurde.

Genauer gesagt: dem Warenproduzenten muß es gelingen, sein Produkt gegen eine Anerkennung des gesellschaftlichen Wertes seiner Arbeit zu tauschen, welches ihm seinerseits ein Anrecht auf die Arbeit eines anderen gibt. Dieses Verhältnis Anerkennung - Anrecht ist selber eine gesellschaftliche Institution: das *Geld*. Und die Notwendigkeit, die Anerkennung des gesellschaftlichen Wertes der eigenen Produktion durch einen Tausch gegen Geld zu vollziehen — um die eigenen Anrechte auf einen äquivalenten Teil gesellschaftlicher Arbeit durchsetzen zu können — konstituiert die monetäre Schranke (*la contrainte monétaire*). Jede ihres Namens würdige Warenökonomie ist monetär, d.h. es gibt eine Institution, die die Rolle eines *allgemeinen Äquivalents* übernimmt, in welcher jeder Produzent seinen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit messen kann, die aber umgekehrt das uneingeschränkte Recht zum unmittelbaren Austausch gegen andere Waren genießt.

Durch die Tatsache, daß die Agenten (des Tausches) darum wissen, daß sie ihre Produkte gegen eine Quantität Geld eintauschen (und somit in Geld realisieren) können, entsteht der Glaube, als habe es einen »Wert«, und sogar als habe es »einen« Wert. Daß die Substanz des Wertes die gesellschaftliche Arbeit ist (und genau dies »vergesellschaftet« die Wertform) und auch daß die Waren »einen« Wert haben (der die phänomenologische Form einer Geldmenge, d.h. ihren *Preis* annimmt, gegen den sie getauscht werden können), impliziert keine mikroökonomische Verbindung zwischen ihrem »Wert« und dem Arbeitsquantum, das durchschnittlich in der Produktion eines jeden Warentypus verausgabt ist (und dessen andere Seite die Produktivität ist).⁵

Denn es kommen noch andere gesellschaftliche Beziehungen hinzu: indem ein jeder Warenproduzent seinen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit fordert, macht er nicht nur die Rechte geltend, die ihm seine eigene Beteiligung an der Produktion verleiht, sondern darüber hinaus noch andere Rechte, die aus anderen gesellschaftlichen Beziehungen resultieren (Eigentum an Boden, an Kapital, usw.). Die Gesamtheit der von dem Warenproduzenten anerkannten Normen führt ihn dazu, durch eine »Verknüpfung auf der Oberfläche« (*«connexions de surface»*) zwischen seinen Kosten, seinen Arbeitsverausgabungen und der subjektiven Verwertung seiner Rechte einen *Angebotspreis* zu bestimmen. Die effektive Realisie-

rung oder Nichtrealisierung seines Produkts zu diesem Preis (und also des Anrechts an dem Produkt bezüglich der restlichen gesellschaftlichen Arbeit) ist die allgemeine Form der Regulation, die der Warenproduktion entspricht und *Wertgesetz* genannt wird.

Die Verbindungen der Oberfläche, also die Mechanismen der Bildung von Angebotspreisen und allgemeiner noch der Geldeinkommen hängen ganz entscheidend von der Gesamtheit der Regulationsformen ab, die in einer Gesellschaftsformation in Kraft sind. Sie sind die Form, in der die Zwangsgesetze den Akteuren ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft aufzeigen. Welches sind nun die notwendigen Bedingungen, damit eine Institution wie das Geld funktionieren kann? Es muß, wie bereits gesagt, als *Repräsentant des Wertes* gesellschaftlich anerkannt und dementsprechend *uneingeschränkt tauschbar* sein, d.h. gegenüber den Waren muß es sich nicht verwerten, es ist es a priori. Die Bedingungen dieser »Repräsentation des Wertes« hängen selber von den Gewohnheiten der Akteure, von der Vorstellung des Wertes ab. So kann es z.B. sein, daß eine besondere Ware (das Gold) den Wert repräsentieren kann, denn es besitzt ihn. Aber auch eine Repräsentation eines '*im Entstehen begriffenen Wertes*' — d.h. eines Wertes, der gerade produziert und sozial anerkannt wird, z.B. ein Handelswechsel — kann diese Rolle übernehmen, wenn die Tauschpartner eine entsprechend entwickelte Weise der Wertdarstellung erreicht haben und wenn sie anerkennen, daß die durch den Wechsel repräsentierte Produktion schließlich auch gesellschaftlich gültig sein wird und folglich einen rechtlichen Anspruch auf das spätere Einkommen eines Akteurs darstellt.

Bleibt noch die andere Bedingung: die Übereinkunft, die den unzweifelhaft tauschbaren Charakter der Arbeit anerkennt, den das Geld repräsentiert. Das Gold ist Geld, weil es mit dem Siegel des Souveräns versehen ist, der entscheidet, daß jenes Metall (und manchmal auch zwei) das Monopol der bedingungslosen Tauschbarkeit besitzt. Diese Ware wurde als gesellschaftlicher Repräsentant des Wertes »*erwählt*« und ist demzufolge vom Kreislauf der eigentlichen Waren (die sich jedesmal verwerten müssen) *ausgeschlossen*.

In Wirklichkeit gilt dasselbe auch für das »Kredit-Geld«, welches das Vertrauen in die gesellschaftliche Gültigkeit eines im Entstehen begriffenen Wertes repräsentiert. Der Bankier, der einem Unternehmer bei seiner Bank einen Kredit einräumt, antizipiert örtlich begrenzt die Gültigkeit der Arbeitsverbindlichkeiten des Unternehmers in seiner besonderen Produktion (er *verwertet sie im Vorhinein*). Es langt, wenn ein allgemeines Vertrauen in diese Antizipationsfähigkeiten des Bankiers (oder einer Gruppe von Banken, die unter sich die gegenseitige Anerkennung der Schulden austauschen) vorhanden ist, um eine Kohärenz der Verpflichtungen seines (oder ihrer) Schuldner herzustellen. Man hat es in diesem Fall mit einem *fraktionierten* System der Geldemission zu tun. Aber auch hier muß die gewagte Stabilisierung eines Zusammentreffens von Vertrauen rasch einer herrschaftlichen Auswahl von »vertrauenswürdigen« (Schuld-) Scheinen durch die Bank des Souveräns, der Zentralbank, Platz machen. Diese nun erklärt, nur den Wertpapieren »einen Wert zu verleihen«, die sie herausgibt und sie geht davon aus, daß jene Bestandteil der Wertbewegungen sind, deren Gültigkeit sie setzt (sie gibt ihnen eine *Pseudo-Gültigkeit*). Damit erzwingt sie die Akzeptierung dieser Wertpapiere als »wahres Geld«: sie haben einen *erzwungenen Tauschkurs*. Wir haben es nun mit einem *zentralisierten* System zu tun. In Wirklichkeit ist das monetäre System eine unglaublich variable Verbindung von Waren-Geld und Kredit-Geld, von fraktioniertem und zentralisiertem System: es ist ein *hierarchisiertes* System.

Die monetäre Schranke ist also mehr oder weniger eng gefaßt. Das schlichte Paar »Auswahl/Ausschluß« wird ersetzt durch eine differenzierte Stufenleiter der Gültigkeit, die den Wertmitteln (titres) zuerkannt wird: vom zentralen Geld, dessen Anerkennung allen vorgeschrie-

ben ist, über die privaten Anleihen (les prêts privés), denen die Zentralbank eine Pseudo-Gültigkeit verleiht, indem sie sie rückdiskontiert oder aufkauft, bis hin zu den gewagten Darlehen, bei dem das Wertpapier nur eine riskante Annahme auf die Rückzahlung repräsentiert, die allein zu Risiko und Lasten des Darlehnsgebers geht.

Diese Hierarchie ist eine der Anwendungsbedingungen des Wertgesetzes. Die regelmäßige Verwertung der Produktion zeigt sich durch die Rückzahlung der (kurz oder langfristigen) Schulden. Die Nicht-Verwertung von letztendlich gesellschaftlich unnützen Produktionen zeigt sich in der selektiven Wertminderung der Schulforderungen (créances). Wenn sich die monetäre Differenzierung auf den Gegensatz eines geringen Vorrats an Metallgeld einerseits und einer Unzahl von Waren andererseits reduzieren würde, dann wäre die Zirkulation unterliquide und in gefährlicher Weise deflationär, und damit wäre die Realisierung der Waren dem Einsatz privater Reichtümer (trésors) in die Zirkulation untergeordnet. Wenn die Zentralbank jedoch im Gegenteil all und jedem Wertpapier eine Pseudo-Gültigkeit verleiht, dann nützt sich die Hierarchie des monetären Systems ab und jeder Produzent erhält den monetären Gegenwert einer selbst unverkäuflichen Produktion. Doch dann verliert das Geld schnell jede Glaubwürdigkeit als Repräsentant einer als gesellschaftlich notwendig anerkannten Arbeit. Dann haben wir eine hyper-inflationäre Krise, es sei denn, sie würde begrenzt durch erzwungenes Sparen, durch Vorratshaltung und Zwangsmittel des Staatskapitalismus.⁶

Die Möglichkeit einer institutionellen Form wie des Kredit-Geldes (vor allem mit erzwungenem Kurs) scheint also der Fähigkeit untergeordnet, in der Gesamtheit der Warenwirtschaft den Zusammenhang der im Entstehen begriffenen Wertbewegungen angemessen zu antizipieren. Umgekehrt ist diese Form für einen Typus von Warengesellschaft »funktionell« (im weiter oben beschriebenen Sinne), in der die Zirkulation das Ziel hat, die im Entstehen begriffenen Werte, die zwischen den Akteuren zirkulieren, maximal zu vergrößern: das ist der Fall des entwickelten Kapitalismus. Wir müssen nun allerdings zu dem kommen, was diesen Fall insbesondere charakterisiert: das Lohnverhältnis.

b) Das Lohnverhältnis

Es handelt sich bei diesem Verhältnis um die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Eine Trennung, bei der es darauf ankommt, zwei Dimensionen des gleichen Verhältnisses oder sogar (je nach dem theoretischen Ansatz) zwei Verhältnisse zu unterscheiden:

- Die Dimension des ökonomischen *Eigentums*, d.h. die Fähigkeit, ökonomische Einheiten dieser oder jener Produktion in der Warenökonomie zuzuteilen und über das Produkt zu verfügen.
- Die Dimension des *Besitzverhältnisses* oder der realen Aneignung, d.h. die Fähigkeit, das Produktionssystem zu organisieren und in Gang zu setzen.

Die Trennung nimmt im ersten Fall die Form eines *Arbeitsvertrags* an, der zwischen dem Eigentümer der Produktionsmittel und dem freien Arbeiter geschlossen wird. Was uns hierbei unter dem Gesichtspunkt der Analyse grundlegender Widersprüche des Kapitalismus interessiert, ist, daß der Lohnarbeitsvertrag einen *doppelten* Tausch darstellt:

- im Austausch dafür, daß sie ihre Arbeitskraft und -fähigkeit dem Kapitalisten zur Verfügung stellen, erhalten die Lohnabhängigen einen Wert in Form von Geld. Dieses können sie frei ausgeben, aber es sichert ihnen in der Tat eine bestimmte Art und Weise des Lebens, eine *Konsumnorm*, deren Wert (auf globaler Ebene und in Geld ausgedrückt) geringer ist, als der ihrer Produktion (das Wertprodukt). Die Differenz zwischen beiden wird Mehrwert genannt;

— im Austausch gegen die Freigabe des Mehrwerts und die Unterordnung ihrer Arbeit (die *formelle Subsumtion*) unter die Kontrolle des Kapitals übernimmt das Kapital die Risiken der marktmäßigen Verwertung der Produkte ihrer Arbeit.

Anders gesagt, der Wert der Arbeitskraft ist geringer als der von ihr geschaffene Wert, aber er ist zumindest verwertet. Zum Lohn, als Gegenleistung des Verkaufs der Arbeitskraft, kommt im Laufe der Zeit der *indirekte Lohn* hinzu. Der Lohn präsentiert sich also unmittelbar als monetäre Nachfrage gegenüber der Warenproduktion der laufenden Periode. Der Mehrwert hingegen, der auf komplizierte Art und Weise durch die Konkurrenz der Kapitale verteilt ist, erlaubt es den Kapitalisten, Kapital zu *akkumulieren*, d.h. die Höhe des im-Entstehen-begriffenen-Wertes (*valeur-en-procés*) zu vergrößern, deren Eigentümer sie sind, und zwar in Form erneuter Anschaffungen von Produktionsmitteln und neuer Personaleinstellungen.

Die Verteilungsrate der Wertschöpfung bildet also wohl oder übel einen neuen Widerspruch, dessen Einheit sich durch den Kampf herstellt: zuviel Lohn und zuwenig Akkumulation oder zuviel Profite und zuwenig Nachfrage. Dies ist das grundlegende Problem der Regulation des Lohnverhältnisses.

Aber diese Beziehung ist nicht die einzige, die sich innerhalb dessen bildet, was wir Lohnverhältnis nennen. Grundlegender noch ist das Verhältnis zwischen den Menschen (und den Maschinen) innerhalb des Arbeitsprozesses (oder des Besitzverhältnisses). Im Gegensatz zur handwerklichen Produktion, bei der der Produzent die Werkzeuge selber anwendet, die er manchmal sogar selbst entworfen und für seinen Gebrauch angepaßt hat, und bei der er folglich die Herrschaft über seine Tätigkeiten bewahrt, führt der Kapitalismus zur Organisation eines *kollektiven* Arbeitsprozesses, bei dem versucht wird, die produktiven Tätigkeiten in einen intellektuellen oder konzeptionellen Bestandteil einerseits und einen manuellen oder routinemäßig ausführenden Teil andererseits zu trennen. Diese Aneignung des Erfahrungswissens ermöglicht die kapitalistische Kontrolle über den Gebrauch und die Intensität der Arbeitszeit: dies nennt man die *reelle Subsumtion*. Sie konkretisiert sich in den Mechanisierungsformen: aus einem Produzenten, der sich eines Werkzeugs bedient, wird der Arbeiter tendenziell zum Diener der Maschine.

Dieser Prozeß trägt dazu bei, wie jede Vergesellschaftung des Wissens, die Produktivität zu erhöhen. Doch kennzeichnend für den Kapitalismus ist, daß es sich hier um einen Prozeß der »Vergesellschaftung - Aneignung« handelt, bei der sich das gesellschaftliche Wissen gegenüber den unmittelbaren Produzenten als ein *fixes Kapital* materialisiert, welches ihnen fremd ist. Diese Tendenz kann ihr Gegenstück in dem Anwachsen des Verhältnisses zwischen vorgeschossenem Kapital und Wertprodukt haben, welches *organische Zusammensetzung* des Kapitals genannt wird. Ein derart zählbarer Ausdruck einer arbeitssoziologischen Tendenz unterliegt dennoch bestimmten Gegenteilstendenzen: zum einen steigt die technische Zusammensetzung (»Volumen der Maschinen pro Kopf«) nicht notwendigerweise, und zum anderen wird dem Anstieg der organischen Zusammensetzung mittels der produktivitätsbedingten Wertsenkung der Maschinen entgegengewirkt.

Jedenfalls eröffnen sich hier neue Bereiche des Widerspruchs. Indem der Kapitalist die Kluft zwischen dem Produzenten und dessen Arbeitstätigkeit vergrößert, erhält er eine bessere *direkte Kontrolle* der Arbeitsintensität des Lohnabhängigen — aber er verzichtet gleichzeitig darauf, dessen Fähigkeiten zur Initiative zu entfalten, und dies kann kontraproduktive Auswirkungen haben. Wenn er ihm jedoch mehr verantwortliche Autonomie überläßt, dann läßt er dem Lohnabhängigen zwar erweiterte Möglichkeiten zur Anpassung und Innovation, verliert jedoch dabei die Mittel zur Kontrolle seiner Subsumtion (mit Ausnahme einiger rela-

tiver Vorteile). Die Regulierung dieses Widerspruches konkretisiert sich in den Kämpfen am Arbeitsplatz, aber auch in den Auseinandersetzungen im Reproduktionsbereich der Arbeitskraft, in der Institutionalisierung einer *Qualifikationsstruktur*, unterschiedlicher Normen der *Betriebsdisziplin* etc. ..., und führt so zu einer Differenzierung des Arbeitskollektivs und zu Reserven des »Arbeitsmarktes«.

Wir werden uns hier jedoch vor allem mit den Problemen der Akkumulation auseinandersetzen, die durch die Entwicklungen von Produktivität und organischer Zusammensetzung ausgelöst werden. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln (fixem Kapital und Zwischenprodukten) durch die Kapitalisten bildet in der Tat den zweiten Bereich (neben dem der Ausgaben durch die Lohnabhängigen) gesellschaftlicher 'Inwertsetzung' der Produktion, welcher eigenständig verläuft. Außerdem gibt es noch die Staatsausgaben (finanziert durch die Steuern oder durch eine Geldschöpfung, die sich auf die Steuern bezieht) und den unproduktiven Verbrauch der Kapitalisten. Der produktive Konsum (die Investitionen) besitzt die besondere Eigenschaft, daß er die Zukunft der Produktion bindet. Von *extensiver Akkumulation* reden wir, wenn der Akkumulationsprozeß durch eine schlichte Erweiterung des Produktionsprozesses bei unveränderten Produktionstechniken geschieht, und von *intensiver Akkumulation*, wenn die Produktionsnormen (d.h. die herrschenden Techniken, die sich durch ihre überlegene Produktivität durchsetzen) im Verlaufe der Akkumulation permanent verändert werden. In der Wirklichkeit jedoch sind beide Akkumulationsweisen eng miteinander vermengt und wir sollten besser von einer »*vorwiegend* extensiven oder intensiven Akkumulation« reden. In allen Fällen ist die Akkumulation eine autonome Entscheidung des Kapitalisten, die *mehr* gesellschaftliche Arbeit bindet, in der Hoffnung, daß sie verwertet wird. Indem er dies tut, trägt er tatsächlich zur Verwertung des Produktes in der laufenden Periode bei (durch Investitionen und Personaleinstellungen), aber damit wird zugleich das Problem der späteren Verwertung auf einer erweiterten Stufenleiter gestellt. Das führt uns zu den grundlegenden Problemen kapitalistischer Produktion.

3. Wie kann die Akkumulation gelingen?

Gesellschaftlich stellt sich die Reproduktion in ihrer Gesamtheit so dar: die »im-Entstehen-begriffenen-Kapital-Werte« bewegen sich nebeneinander, indem sie sich in Waren verwandeln oder indem sie sich gegen ganz besondere Im-Entstehen-begriffene-Werte, nämlich gegen Löhne, tauschen. Wie ist es jedoch möglich, daß dieses Gewirr von autonomen Prozessen ein kohärentes, gesellschaftliches Produkt darstellt, in dem sich alle privaten Arbeitsverausgabungen (mit Hilfe von Kapitaleinsatz) verwerten können? Wie bei allen gesellschaftlichen Verhältnissen zeigt sich, daß die bereits praktisch erworbene Erfahrung einer Lösungsmöglichkeit selber eine Grundlage der Lösung ist. Entsprechend seinem erworbenen Vermögen (seinen vorherigen Einkünften) und seiner Marktkenntnis (die in den vorhergehenden Zeiten erprobt wurde), geht der Kapitalist das Wagnis ein, das Lohnverhältnis zu erneuern und konstantes Kapital hinzuzukaufen, und damit trägt er bereits zur Verwertung des Produktes seiner Kollegen und der durch die Klasse der Lohnabhängigen angebotenen Arbeitskraft bei. *Die ererbten Bedingungen der Vergangenheit und die Antizipation einer Zukunft in deren Verlängerung* sind die Voraussetzungen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Die Kontinuität der Akkumulation, die erworbenen Erfahrungen hinsichtlich einer intersektoral gleichgewichtigen Allokation sowie die Antizipationen hinsichtlich der gesellschaftlichen Orientierungen zur Veränderung von Produktions- und Konsumnormen bestimmen

als eine immanente Kraft die privaten Wagnisse der Unternehmer (und ihrer Banken) und bilden somit die Grundlagen eines gesellschaftlichen Musters (*moule sociale*), das wir in diesem Fall *Akkumulationsregime* nennen werden.

Das Akkumulationsregime ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw. ...) herstellt.

Sobald sich die Akkumulation insbesondere in ihrer intensiven Form ausweitet, muß das Wachstum der Produktion von Produktionsgütern und von Konsumgütern dem Wachstum des eingesetzten Kapitals und dem Wachstum der Kaufkraft der Lohnabhängigen entsprechen. Es ist also naheliegend, die Kohärenz eines Akkumulationsregimes in einem *Reproduktionsschema* zusammenzufassen, das von Periode zu Periode die Allokation des Kapitals (und damit auch der Arbeit) zwischen den zwei grundlegenden *Abteilungen* der Gebrauchswertproduktion beschreibt, die ausschließlich durch ihre gesellschaftliche Funktion definiert sind (Abteilung I: Produktionsgüter, die das Monopol kapitalistischen Eigentums reproduzieren; Abteilung II: Konsumgüter, die die Existenz freier Arbeiter reproduzieren). In gewisser Weise ist das Reproduktionsschema ein Skelett des Akkumulationsregimes, das dessen formelle Kohärenz darstellt.

Nun existieren verschiedene Typen von Akkumulationsregimes: die extensive Akkumulation (homothetisches, einfaches Wachstum der beiden Abteilungen, die sich gegeneinander verwerten), die intensive Akkumulation ohne Massenproduktion (bei der allein das Anwachsen des konstanten Kapitals das Wachstum der Abteilung I verwertet), die intensive Akkumulation bei wachsendem Massenkonsum, usw. ... Selbstverständlich erfordert die Analyse eines konkreten Akkumulationsregimes über diese grundlegenden Unterscheidungen hinaus genauere Bestimmungen.

Jedes konkrete Akkumulationsregime findet in einem »äußeren Raum« im doppelten Sinne des Wortes statt. Zunächst einmal ist nicht die ganze Produktion in einem nationalen Gemeinwesen durch kapitalistische Verhältnisse gesteuert. Dies gilt bereits für die Reproduktion der Arbeitskraft. Das patriarchalische soziale Verhältnis oder die häusliche Produktionsweise oder auch die sexuellen Verhältnisse sichern sich ihre Reproduktion, indem der Mann die »Reproduktionsmittel« nutzt, die er mit seinem Lohn kaufen kann. Die »Produzentin« in diesem sozialen Verhältnis, die Freundin, Mutter oder Tochter schafft keinen »Wert«, denn ihre Arbeit ist keine Ware. Sie ist kostenlos für den Kapitalismus. Doch das heißt nicht, daß die häusliche Ausbeutung, weil sie die »Funktion« hat, die Kosten der Arbeitskraft zu senken, auch dafür geschaffen wurde — auch hier handelt es sich um einen »glücklichen Fund«! Umgekehrt kann die kapitalistische Warenproduktion einen wachsenden Anteil der häuslichen Produktion und Aufgaben übernehmen: das Eindringen in diesen Bereich ist ein mögliches Ausdehnungsfeld von Lohnarbeit und kapitalistischer Akkumulation und damit eine potentielle Dimension des Akkumulationsregimes. Das gleiche gilt für alle Produktionsweisen, die sich im Kapitalismus in einer konkreten sozial-ökonomischen Formation ausdrücken (die einfache kleine Warenproduktion, abgeschwächte Formen feudaler Verhältnisse wie Pacht und Halbpacht, usw.). Eine zweite Dimension des »Äußeren« taucht auf, wenn wir die ökonomischen Beziehungen zwischen Gemeinwesen betrachten, die kapitalistisch organisiert sind. Historisch gesehen haben die ersten Praktiken, die als »kapitalistisches Verhältnis« identifizierbar waren, bei

weitem die Grenzen von Stammes- oder Feudalstaaten überschritten. Doch der moderne National-Staat, begriffen als Gemeinwesen von Individuen, die durch einen Sozialvertrag miteinander verbunden sind, hat sich erst mit der Verallgemeinerung des Warenverkehrs entwickelt. In diesem Rahmen hat sich das Lohnverhältnis kodifiziert und institutionalisiert, und zwar im Schatten einer Staats-Souveränität, die durch die Geschichte von äußeren und inneren Kämpfen gefestigt wurde. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden auf der Ebene des National-Staates geregelt und dort hat sich langsam aber sicher die Kohärenz wirklicher Akkumulationsregimes herausgebildet, wobei sich die Vereinheitlichung des einen und die Verfestigung der anderen gegenseitig bedingten.

Die »Herausbildung des Binnenmarktes« durch die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse hat zu keiner Zeit zu einem Verschwinden internationaler Austauschbeziehungen geführt, ihre Bedeutung hat sich, je nach der Entwicklung der Akkumulationsregimes verringert oder erweitert. Daher erscheint es sinnvoll, zur Analyse eines nationalen Akkumulationsregimes einen »Exportsektor« zu unterscheiden (Bertrand, 1978), in dem die Einkommen dazu dienen, den Kauf von Gebrauchsgütern der Abteilung I oder der Abteilung II zu finanzieren. Unter bestimmten Gesichtspunkten können wir dann von »weltweiten Akkumulationsregimes« reden. Dies also sind die Grundlagen unseres »sozialen Musters«. Die Akkumulationsregimes jedoch konkretisieren sich weder aus sich selbst heraus noch aus der Kraft platonischer Ideen vom Himmel der Reproduktionsschemata. Reproduktionsschemata kann man immer neu erfinden. Das Problem besteht darin, zu wissen, welche Zwangskräfte und welche institutionellen Formen die Kohärenz der Strategien und Antizipationen der Akteure in der kapitalistischen Warenwirtschaft, die in der Realisierung der Reproduktionsschemata konvergieren, sichern. Damit sind wir bei den Problemen der Regulation angelangt. Wir nennen im folgenden *Regulationsweise* die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuellen Eigenschaften hinaus.

In der kapitalistischen Produktionsweise betreffen die Regulationsformen zumindest folgende Bereiche:

- die Regulation des Lohnverhältnisses (Festlegung von Zeitnormen, der Arbeitsintensität, des Wertes der Arbeitskraft, der Konsumnorm der Lohnabhängigen, die Reproduktion der Qualifikationshierarchie, die Segmentierung des Arbeitsmarktes, usw.);
- die Regulation der Reallokation von Geld-Kapital, das durch die Verwertung der Waren in dieser oder jener Branche und entsprechend den verschiedenen Intensitätsniveaus der organischen Zusammensetzung des Kapitals freigesetzt wurde;
- die Reproduktion und Steuerung des Geldes, seine Emission, seine Zirkulation, seine Formen produktiver Verwendung, usw.;
- die Formen juristischer bis hin zu ökonomischer Staatsintervention.

Die extreme Verschiedenartigkeit dieser Formen eröffnen ein riesiges Untersuchungsfeld für die »Schule der Regulation«. Es hat sich jedoch von großem heuristischen Vorteil erwiesen, zwei Regulationsweisen zu polarisieren, die durch gegensätzliche institutionelle Formen gekennzeichnet sind, je nach dem, ob die ungewisse gesellschaftliche Verwertung der angebotenen Waren und Arbeitskräfte einfach *ex-post* festgestellt wurde oder ob die hohe Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung *ex-ante* in das Verhalten der Akteure integriert war. Im ersten Falle überschreiten die Im-Entstehen-begriffenen-Werte einer nach dem anderen die »Gefahrenschwelle« der Metamorphose in Geld oder werden eliminiert. Im zweiten Falle integrieren

die Im-Entstehen-begriffenen-Werte im Gegensatz dazu zugleich ihr eigenes Wachstum und die Transformation gesellschaftlicher Produktions- und Tauschnormen, um ihre eigenen Metamorphosen zu leiten.

Im ersten Fall sprechen wir von einer *Regulation der Konkurrenz*, im zweiten von einer *monopolistischen Regulation*. Im einen Extrem verkauft sich die Arbeitskraft jeden Tag neu zu einem Preis, der von den Marktschwankungen abhängt oder sie kann sich nicht reproduzieren. Im anderen Extrem ist dem Lohnabhängigen nicht nur ein Minimaleinkommen garantiert (basierend darauf, daß er als Lohnabhängiger existiert), sondern er leiht seine Arbeitskraft einem einzelnen Unternehmer mit einem mehrjährigen Vertrag, der die erwarteten Veränderungen im ökonomischen Umfeld miteinschließt. Im ersten Fall werden die auf dem Markt in Warenform angebotenen Im-Entstehen-begriffenen-Werte verfallen oder das Anrecht zur Metamorphose in Geld, entsprechend dem Zustand der dem Produzenten auferlegten Arbeitsteilung, erhalten. Im anderen werden Finanzgruppen die Entwicklung der Produktionsnormen selbst verändern, indem sie die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren durch genau kontrollierte Abschreibungen alter Branchen finanzieren, deren Obsoleszenz sie organisieren. In der Regulation der Konkurrenz muß man schon Waren-Geld als Träger des Wertes haben, um es gegen Waren einzutauschen. In der monopolistischen Regulation langt es, für fähig gehalten zu werden, einen Im-Entstehen-begriffenen Wert bis zur Verwertung zu führen, um Geldformen angeboten zu bekommen, die die ersten Metamorphosen erlauben.

Diese stilisierte Polarisierung darf nicht zu einem neuen Dogmatismus und einer neuen Scholastik führen, die darin besteht, ausgehend vom Charakter der Regulationsweise in ihrer Gesamtheit alle einzelnen Formen durchzudeklinieren oder »unter diesem Aspekt konkurrenzuelle und unter jenem Aspekt monopolistische« Elemente miteinander formell zu kombinieren. Es wäre erheblich nützlicher zu untersuchen, wie die »zufällige« historische Zusammensetzung der institutionellen Formen mit erstaunlichem Erfolg zur Regulation eines Akkumulationsregimes beitragen, während die Beständigkeit der alten Formen doch bis zur großen Krise des vorhergehenden Akkumulationsregimes geführt hatte. Man wird dann manchmal sehr bedeutungsvolle zeitliche Verschiebungen und Abstände bei der Einrichtung von Regulationsformen feststellen können, die sich später als grundlegende Stützen des Akkumulationssystems erweisen. Man wird von einem Land zum anderen eine extreme Vielfalt institutioneller Formen und Netze feststellen können, die innerhalb einer Regulationsweise die gleiche »Funktion« besitzen. Und man wird auch feststellen, daß die Herrschaft (die Hegemonie) einer Regulationsweise die Existenz (und die »Funktionalität«) anderer superiorer Formen der Regulation auf einigen besonderen Märkten keineswegs ausschließt.

II. Von einer großen Krise zur anderen

Die theoretischen Konzepte der »Regulationsschule« wurden im Zuge konkreter Untersuchungen entwickelt, die zuerst die USA (Aglietta, 1976) und Frankreich (Cepremap, 1977) umfaßten.

1. Eine sehr schematisierte Freske

Wir stützen uns im folgenden auf das französische Beispiel. Der Kapitalismus scheint sich hier endgültig in der Folge der »letzten Krise des Ancien Régime« (d.h. einer agrikolen Krise) von

1845-48 gefestigt zu haben. Bis 1914 überwiegt dann (ungleich je nach Unter-Periode) die extensive Akkumulation mit einer progressiven Ausweitung des kapitalistischen Sektors insbesondere im Bereich der Metall- und metallverarbeitenden Großindustrie (von der Eisen- und Stahlindustrie bis hin zum Eisenbahnbau) und relativ einfachen Formen der Kooperation in der Textilindustrie und im Bauwesen. Innerhalb des kapitalistischen Sektors im eigentlichen Sinne (in der Landwirtschaft herrschte die kleine Warenproduktion vor) fanden keine großen Veränderungen in der organischen Zusammensetzung und in der Produktivität statt. Letztere nahm in dieser Periode um durchschnittlich 2 % jährlich zu, während die Kaufkraft der Arbeiter um 1,5 % stieg. Die Regulation vollzieht sich mittels des klassischen »Konjunkturzyklus«: Preise und Kaufkraft steigen in den »Boom«-Phasen, während der »Krach« von einem allgemeinen Rückgang der Löhne und Preise begleitet wird, welche jedoch die vorhergehende Hausse der Kaufkraft der Arbeiter nicht vollständig annulliert.

Die institutionellen Formen dieser Regulation der Konkurrenz sind, schematisch gesagt: — eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten durch den täglichen Verkauf der Arbeitskraft entsprechend den bestehenden Konstellationen des Arbeitsmarktes. Die Qualifikationsstruktur ist relativ stabil;

— Unternehmen, die sich hauptsächlich in einer einzigen Branche engagieren und ihre Preise entsprechend der Nachfrage regulieren, während der Kapitaltransfer von einer Branche zur anderen vor allem über den Börsenmarkt verläuft;

— ein Währung, die sich letztlich auf die Gold-Ware gründet und ein Kreditberg, der spekulativen Wellen ausgesetzt ist;

— ein Staat, der sich »außerhalb« der ökonomischen Bewegung befindet und nur eingreift, um Recht und Gesetz des kapitalistischen Eigentums Geltung zu verschaffen.

Gegen Ende des 19. Jhds. stößt die extensive Akkumulation an Grenzen, die zum einen ihre Absatzmärkte (die im Außenhandel gesucht werden, der durch imperialistische Beziehungen »geschützt« ist) und zum anderen die Produktivität betreffen. Es tritt die Stagnation der 90er Jahre, die große Krise der extensiven Akkumulation ein.

In Frankreich wie in den USA, wengleich dort etwas später, zeichnet sich eine extrem komplexe Entwicklung bei den Ingenieuren und Unternehmern ab, um die Produktivitätsgewinne durch eine Vertiefung der reellen kapitalistischen Subsumtion, eine Enteignung des Wissens und der Kenntnisse der Facharbeiter durch die Methoden »Wissenschaftlicher Organisation der Arbeit« und eine Dequalifikation der ausführenden Arbeitertätigkeit wiederzuerlangen. Diese Entwicklung setzt sich im Schutze des Krieges 1914-18 durch: der »Taylorismus« wandelt sich bald in einen »Fordismus«, d.h. bezüglich des Arbeitsprozesses in eine Inkorporation des vorher enteigneten Wissens in das automatische System der Maschinen selbst.⁷

In den 20er Jahren führen die Entwicklung des Taylorismus und die Anfänge des Fordismus zu einer ersten großen Welle intensiver Akkumulation. Die Produktivität wächst mit jährlichen Raten von 6 %. Die Kaufkraft jedoch nimmt weiterhin nur mittelmäßig zu. Diese Schere ist über den Anstieg der Mehrwertrate, die keineswegs durch das schwache Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals kompensiert wird, in hohem Maße günstig für die Profitrate und löst dadurch eine Überproduktionskrise ohnegleichen aus, die Krise der 1930er Jahre. Es handelt sich dabei um mehr als den »Tiefpunkt« eines Zyklus. Die Regulation der Konkurrenz erwies sich als nicht mehr hinreichend für die intensive Akkumulation. Von daher kann man die große Krise der 30er Jahre zugleich als *erste Krise der intensiven Akkumulation und als letzte Krise der Regulation der Konkurrenz* bezeichnen. Die Aufforderungen eines Henry Ford I. und eines J.M. Keynes, den Anstieg der Produktivität durch ein An-

wachsen der Kaufkraft der Lohnabhängigen zu kompensieren, stießen sich an den kurzfristigen Zielen einer »ex ante« Wiederherstellung der Profitrate durch eine Absenkung der Lohnmasse (Boyer, 1982).

Nach der Rekonstruktionsperiode von 1945-1953 (die von Natur aus überwiegend extensiv war) erlebt Frankreich einen erneuten Anstieg intensiver Akkumulation, die 20 Jahre andauert (1954-1974) und während derer die Produktivität sich verdreifachen wird, wie übrigens auch das fixe Kapital pro Kopf. Doch diesmal verläuft der Anstieg der (indirekten und direkten) Kaufkraft der Lohnabhängigen fast exakt entsprechend dem Anstieg der Produktivität. Dabei betrifft der Produktivitätszuwachs ungefähr gleichermaßen die beiden Abteilungen; die organische Zusammensetzung des Kapitals bleibt im großen und ganzen ebenso unverändert wie die Mehrwertrate. Wir werden diese Ergebnisse später noch genauer betrachten, doch für den Augenblick erlauben sie uns eine Typisierung des »goldenen Zeitalters«.

2. Ein »ideales« Regime intensiver Akkumulation bei monopolistischer Regulation.

Das »goldene Zeitalter« ist modellhaft durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Die Wachstumsrate der *gesamten* technischen Zusammensetzung (d.h. annäherungsweise des fixen Kapitals pro Kopf) und die Produktivität der Abteilung I sind gleich. Diese »Gegentendenz« zum Anstieg der technischen Zusammensetzung hemmt die Tendenz zum Anstieg der Wert-Zusammensetzung des Kapitals.
- Die Wachstumsrate der Konsumtion der Lohnabhängigen und die Produktivität in Abteilung 2 sind gleich. Die »Gegentendenz« zum Fall der Profitrate, welches der Anstieg der Mehrwertrate gewesen wäre, ist zwar gebremst, doch gleichzeitig ist auch die Tendenz zur Unterkonsumtionskrise geschwächt. Und da die organische Zusammensetzung des Kapitals sich nicht verändert, bleibt die allgemeine Profitrate stabil.

Diese beiden Bedingungen wurden in Frankreich von der Rekonstruktionszeit bis zur Krise annäherungsweise eingehalten. Doch a priori gab es keine Sicherheit, daß dem so sei.

Die erste Bedingung fand sich auf quasi wundersame Weise bestätigt (und tatsächlich zeigen die statistischen Daten, daß sie von den 60er Jahren an in den wichtigsten Industrieländern immer weniger eingehalten wurde). Die zweite Bedingung hingegen wurde mehr oder weniger explizit durch eine Politik der Regulation des Lohnverhältnisses eingehalten: die Massenproduktion wurde von einer Massenkonsumtion begleitet, welche solchermaßen die volle Entwicklung des »Fordismus« verwirklichte. Diese partielle Regulation war Bestandteil einer Gesamtheit institutioneller Formen, die eine Variante der monopolistischen Regulation bildete.

Schematisch gesagt verbindet die sich nach 1945 verfestigende Regulationsweise die folgenden institutionellen Formen miteinander:

- ein Lohnverhältnis, das gekennzeichnet ist durch mittelfristige Vertragsbeziehungen bei den direkten Löhnen, durch die Ausdehnung des indirekten Lohns anhand von Transferzahlungen und durch gesetzliche Verfahren zur Indexierung des Nominallohnwachstums an dasjenige der Preise und nach 1968 mehr oder weniger explizit sogar an das Wachstum der Produktivität (Boyer, 1978).
- Eine Zentralisierung des Kapitals in Bereichen des Industrie- und Finanzkapitals, die in der Lage sind, ihren Angebotspreis mittels eines Verfahrens der Preisanhebung (»mark-up«) zu fixieren, welches zunehmend rigider gegenüber konjunkturellen Schwankungen ist (Boyer/Mistral, 1978).
- Die Ausweitung des Kreditgeldes durch das Bank-System entsprechend den Geldmengen, die durch die Gesetze der Entwicklung des Lohnsystems und der Nominalpreise erforderlich sind (Lipietz, 1983 a).

- Eine beträchtliche Verstärkung der Rolle des Staates, nicht so sehr (und im Gegensatz zu den Prognosen von J.M. Keynes) durch die direkten öffentlichen Ausgaben, als vielmehr durch die Steuerung des Lohnverhältnisses und des Geldes (De Brunhoff, 1976): Delorme und Andre (1982) haben dies den »eingebundenen Staat« (l'Etat inséré) genannt.⁸

Das Funktionieren dieser Regulationsweise, welches die Verallgemeinerung des Fordismus im Arbeitsprozeß begleitete, hat a priori die Einhaltung der zwei Regeln des »goldenen Zeitalters« der intensiven Akkumulation erlaubt.

Diese beiden Regeln sind, wie gesagt, sehr unterschiedlich. Die zweite, die Stabilität der Mehrwertrate, scheint sich *ex post* und über eine recht lange Periode zu bewahrheiten (Mazier u.a., 1982). Dennoch können wir sehen, daß den im historischen Verlauf während des 19. Jhds und bis 1939 recht bewegten und von Booms und Krisen unterbrochenen *ex-post* Anpassungen eine regelmäßige und vor allem von den Firmen *antizipierte* Anpassung an den Anstieg der Kaufkraft folgte.

Die erste Regel, die Kompensation des Anstiegs der technischen Zusammensetzung durch die Entwertung von konstantem Kapital, scheint sich demgegenüber jeder Kontrolle a priori zu widersetzen. Dennoch darf die Entwertung von konstantem Kapital die Firmen nicht davon abhalten, ihren eigenen Arbeitsprozeß grundlegend zu verändern. Die neuen monopolistischen Gesetze nomineller Preisbildung durch die Methode des 'mark-up pricing' nominell nicht-entwerteter Kapitalkosten, haben dies Hindernis beiseite geräumt: die allgemeine Entwertung des konstanten Kapitals hat sich in einer allgemeinen Baisse des durch das Geld repräsentierten Wertequantums aufgelöst, ohne daß die dynamischsten Unternehmen dadurch bestraft wurden.

In der Phase der Regulation der Konkurrenz schlug sich die Baisse des Wertes des fixen Kapitals in der Tat als Baisse der Warenpreise und damit in der Baisse des cash-flow, der die Abschreibungen enthält, nieder. In der monopolistischen Regulation findet sich ein solcher Transmissionsprozeß nicht. Die nominellen cash-flows repräsentieren dennoch einen geringeren Wert und von daher existiert eine latente Inflation, die solange nicht zu einer offenen Inflation wird, wie die darin enthaltenen Wertverhältnisse es den Unternehmen erlauben, ihre Anlagen (die dem Volumen nach anwachsen, dem Wert nach jedoch sinken) durch die — mittels der Kalkulation eines mit der realen Profitrate zu vereinbarenden Aufschlags — freigesetzten cash flows zu erneuern.

Solange die Bedingungen des Goldenen Zeitalters des Fordismus andauerten, entwickelte sich die nominale Profitrate — so wie sie sich aus dem betrieblichen Rechnungswesen durch den Vergleich der Cash-flow-Elemente und der Aktiva ergibt — parallel zur realen ökonomischen Rentabilität, die auf der Basis der Bewertung der Kapitalbindung, der Lebensdauer der Ausrüstungsgüter, der Produktivität des fixen Kapitals, der Verteilung des neugeschaffenen Wertes, der relative Preise, usw. berechnet wird.

Unglücklicherweise für das Kapital begannen die Wertverhältnisse sich dennoch ungünstig für die Rentabilität zu verändern, und dies werden wir im folgenden genauer ansehen.

3. Die Krise des Fordismus

Bei der Entwicklung der gegenwärtigen Krise müssen wir drei unterschiedliche Arten von Erscheinungen und ihren Verbindungen auseinanderhalten:

— zum einen jene, die wir zur allgemeinen Krise des Fordismus zählen und die sich mehr oder weniger in allen Ländern finden lassen, die diesen Entwicklungsweg eingeschlagen haben;

- zum zweiten die die Krise verstärkenden Erscheinungen, die auf die Verbindungen der verschiedenen sozio-ökonomischen Formationen zurückzuführen sind und
- zum dritten die besonderen Erscheinungen einer jeden betroffenen Gesellschaftsformation.

Selbstverständlich können wir an dieser Stelle diese nationalen Besonderheiten nicht entfalten — obgleich dies eines der gegenwärtig fruchtbarsten Untersuchungsfelder der Regulationsschule darstellt. Die Unterscheidung zwischen den beiden ersten Typen von Phänomenen sollte jedoch eindeutig sein, denn seine politischen Implikationen sind offensichtlich. Wenn man sich nur auf den zweiten Typus bezieht, dann erscheint die Krise als ausschließliche Krise der *nationalen* monopolistischen Regulation, die im Widerspruch zur Internationalisierung der Produktion geraten ist — und dann kann eine Krisenlösung durch einen »konzentrierten Aufschwung« in Frage kommen. Wenn man sich jedoch auch auf die erste Ebene bezieht, dann berührt die Krise darüber hinaus die Wurzeln des intensiven Akkumulationsregimes, das auf den tayloristischen Prinzipien der Arbeitsorganisation und der fordistischen Entwicklung des Massenkonsums basiert. Die verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten betonen den einen oder den anderen Aspekt, entsprechend den Zielen und Absichten der Forscher. Wir werden im folgenden versuchen, eine Synthese zu präsentieren.

Das offensichtlichste Symptom der Krise des Akkumulationsregimes ist die generelle Verlangsamung der Produktivitätsgewinne, die gegen Ende der 60er Jahre eintritt und selbst die Branchen trifft, die als typisch fordistische Branchen gelten, wie die Automobilindustrie (Boyer, 1979). Aber wieso führt diese Verlangsamung zu einer Krise?

Eine erste Erklärungslinie besteht darin, den Widerspruch zwischen dieser Verlangsamung und den andauernden Tendenzen zum Anstieg der Kaufkraft zu betonen. Die Krise entstünde gemäß dieser Version aus einer »Profitklemme« (»profit squeeze«) aufgrund des Anstiegs der Stücklohnkosten. Die statistischen Daten scheinen diese Diagnose jedoch für die Gesamtheit der industrialisierten Länder zu Beginn der 70er Jahre nicht zu bestätigen. Wenn dies der Ursprung der Krise gewesen wäre, dann hätte eine einfache Verlangsamung des (direkten oder indirekten) Lohnanstiegs ausgereicht, um sie zu begrenzen.

Es ist überzeugender, die andere Komponente der Profitabilität des Kapitals zu analysieren: die sinkenden Produktivitätsgewinne haben seit Mitte der 60er Jahre einen Anstieg des Wertes des Kapitals pro Kopf erfordert — oder in marxistischen Begriffen, einen Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Lipietz, 1982). Die der monopolistischen Regulation eigenen Verfahren des »mark-up« haben zunächst diesen Niedergang der »augenblicklichen« Kapitalrentabilität durch einen nominalen Anstieg der Profite kompensiert, doch hat sich jene als Anstieg der Abschreibungsanteile an der Brutto-Eigenfinanzierungsquote niedergeschlagen. Von daher entwickelte sich eine Tendenz zur wachsenden Verschuldung der Unternehmen und zum Anstieg der Finanzierungskosten, die, zusätzlich zum Anstieg der Abschreibungen und der relativen Preise der Investitionen, zu einer latenten Krise der Investitionsfähigkeit führte. (Lipietz, 1983)

Ob man nun die Betonung auf die »profit squeeze« oder auf den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals legt, in beiden Fällen erscheint die aktuelle Krise der intensiven Akkumulation als eine *Rentabilitätskrise* — im Gegensatz zu jener von 1930, die eine *Überproduktionskrise* war. Die institutionellen Formen der monopolistischen Regulation hemmen in der Tat die »depressive Spirale«: die Ausweitung des indirekten Lohns begrenzt das Absinken der gesamtwirtschaftlichen Kaufkraft (trotz des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen) und die Solidität des Kreditgeldes erlaubt das Überleben der Im-Entstehen-begriffenen-Werte (und da-

mit der Unternehmen), die im Rahmen eines auf Gold-Währung beruhenden Bankensystems in die Pleite getrieben worden wären. Die Krise nahm also die Form einer *Stagnation* (und nicht eines Zusammenbruchs der Produktion) und einer gleichzeitigen *Inflation* (und nicht eines Zusammenbruchs der Preise) an.

Zwei Dinge allerdings bedürfen noch einer Erklärung: Warum sinkt die Produktivität? Und woher kommt diese Verstärkung der Krise mit ihren immer schärferen Abschwüngen? In der Frage nach den Gründen der Produktivitätsentwicklung unterscheiden sich die hier vorgestellten Regulations-Ansätze am deutlichsten von der Theorie »langer Innovationswellen«. Es ist in der Tat äußerst schwierig, eine Verlangsamung technologischer Innovationen in den 60er Jahren ausfindig zu machen. Ganz im Gegenteil, keine grundlegend neue Innovation (außer dem Fernsehen) begründete das ökonomische Wachstum nach dem 2. Weltkrieg. Darüber hinaus ist die Informatik auf Transistorbasis bereits Anfang der 70er Jahre beträchtlich entwickelt. Umgekehrt aber sind die Erfolge und später dann die Niederlagen der tayloristischen und dann fordistischen Prinzipien der Arbeitsorganisation nicht zu übersehen (Coriat, 1979). Die Abschwächung des bisherigen Anstiegsfixen Kapitals pro Kopf kann ohne Schwierigkeiten auf die Verallgemeinerung der Schichtarbeit zurückgeführt werden, eine Form der Arbeit, die an soziale und ganz einfach auch materielle Grenzen stieß. Die Verlangsamung der Produktivitätsgewinne kann eindeutig auf »technische« Probleme der 'wissenschaftlichen Organisation der Arbeit' zurückgeführt werden (Abstimmungsprobleme zwischen den Arbeitsplätzen, mangelnde Flexibilität usw.) und vor allem auch auf soziale Grenzen, die gegen Ende der 60er Jahre ja geradezu explosiv wurden (der Aufstand der ungelerten 'Massenarbeiter', die Streiks an strategischen Engpässen der Produktion, der Absentismus, Sabotage usw.). Der Widerspruch zwischen Enteignung von Wissen einerseits und notwendiger Einbeziehung des unmittelbaren Produzenten in die Arbeit andererseits war so nicht mehr zu steuern. Und zur zweiten Frage: die sinkende Kapitalrentabilität hätte sich in einer langsamen Abschwächung des Wachstums ausdrücken können. Und wenn man vom Ölschock von 1973 mal absieht, dann war dies bis 1979 auch ungefähr der Fall. Bleibt jedoch das Problem, daß der weltweite Aufschwung nach 1975 keineswegs zu den vorherigen Wachstumsraten zurückführte und daß diese Stagnation, die wir auf die Rentabilitätsprobleme bezogen hatten, sich dennoch als Unterkonsumtionskrise darstellt, bei der nicht eingesetzte Produktionskapazitäten gleichzeitig mit Arbeitslosigkeit und nicht befriedigten Bedürfnissen auftreten.

Genau an diesem Punkt müssen wir die Reaktionen von Unternehmern und Regierungen auf die Krise des Fordismus (ihre »Austeritätspolitik«) sowie die Probleme der Internationalisierung in unsere Überlegungen miteinbeziehen.

Angesichts sinkender Kapitalrentabilität, zu der 1974 noch der zusätzliche 'Abzug' durch die Öl-Rente kommt, besteht der erste Versuch von Unternehmern und Regierungen darin, den *Konsum der Arbeitnehmer zu reduzieren*. Dadurch werden die Symptome einer Unterkonsumtions-Krise ausgelöst, die — dank der monopolistischen Regulation — glücklicherweise nicht die Geschwindigkeit der Zeit von 1930-32 annahm, denn ein »Sicherheitsnetz« schränkte die depressive Spirale ein. Indessen machte die Internationalisierung der Produktion einen einfachen 'keynesianischen' Wiederaufschwung durch Stärkung der Konsumnachfrage unmöglich. Die Lohnstückkosten wurden zum grundlegenden Parameter⁹ der *internationalen Wettbewerbsfähigkeit* eines nationalen Akkumulationsregimes. Jedes Land, das versuchte, sein fordistisches Wachstum aufrechtzuhalten, sah seine Handelsbilanz von zwei Seiten angegriffen: von Seiten der Preise (unabhängig von den Abwertungen) und von Seiten der Handelsvolumen (durch die 'konjunkturellen Zeitverschiebungen').

Die fortschreitende Dominanz der Austeritäts-Politiken kam der schlimmsten Form des Protektionismus gleich: es war eine Konkurrenz der Niedriglohn-Kosten, sei es durch ein Sinken der Realeinkommen, sei es durch beschleunigte Produktivitätssteigerungen. Der Gedanke war verführerisch: das, was man auf dem Binnenmarkt verlor (durch eine Verminderung der Nachfrage), sollte auf dem Weltmarkt zurückgewonnen werden (durch die Eroberung neuer Marktanteile). Aber wenn alle Länder das gleich tun, dann kann diese Form »internationaler Regulation der Konkurrenz« nur in einer Stagnation oder sogar einer allgemeinen Rezession münden. Unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung gesehen, scheinen quantitative Untersuchungen anzuzeigen, daß diese Politik sogar selten in den Ländern wirksamer ist, die eine stärkere Austeritätspolitik betreiben, als andere (Boyer, Petit, 1984).

4. Eine Konfiguration des Übergangs: Sozialdemokratisches Krisenmanagement und Fordismus der Peripherie (1975-1979)

Der von uns erwähnte depressive Mechanismus erzeugte nicht sofort all seine Auswirkungen. Sozialdemokratische Regierungen, die dem Keynesianismus treu waren und dem automatischen Wiederaufschwung des fordistischen Wachstums vertrauten, überwogen anfangs in der industriellen kapitalistischen Welt. Das Wachstum entwickelte sich weiter mit Hilfe des Kredits und mit Zuwachsraten, die vor 1914 vollkommen zufriedenstellend gewesen wären. Die hauptsächliche Lokomotive dieses weiteren fordistischen Weges waren die USA unter J. Carter, die die Weltwirtschaft mit Kreditgeld (dessen Gültigkeit universell anerkannt war) versorgte, allerdings um den Preis einer unkontrollierten Emission von Kreditgeld. Trotz oder eher dank der ausbleibenden Produktivitätsgewinne gelingt es den USA, im eigenen Land Millionen neuer Arbeitsplätze (vor allem im tertiären Bereich) zu schaffen. Westeuropa und Japan lieferten dabei Maschinen und Ausrüstungsgüter nicht nur für die USA, sondern auch für die Länder der OPEC, die Ostblockstaaten und vor allem für die Länder des »Südens«, die ihrerseits eine Variante des fordistischen Modells übernahmen.

Dieser »periphere Fordismus« gründete sich auf der Übernahme des fordistischen Industrialisierungsmodells vom Gesichtspunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses, aber nur sehr partiell (und zum Teil gar nicht) auf die Übernahme der Regulation des Lohnverhältnisses (Lipietz, 1981). Es gab somit schematisch gesagt die folgende Konfiguration:

- Die OECD-Staaten, insbesondere die USA, schlugen auch weiterhin den Weg eines geschwächten Wachstums durch einen verlangsamten, aber nicht absinkenden Konsum mit geringen Produktivitätsgewinnen und verlangsamten Investitionen ein.
- Diese Länder bezahlten ihre Investitionen mit Krediten und trugen damit zur Ausbreitung eines internationalen Kreditgeldes (den Xeno-Dollars) bei, das auf dem nationalen Kreditgeld der USA beruht.
- Diese, von den Banken der Staaten mit Außenhandelsüberschüssen (OPEC und Japan) an einige Länder des Südens (den »Newly Industrializing Countries«, den NIC's) verliehenen Barmittel ermöglichten es letzteren, auf Kredit Maschinen von Ländern der OECD zu kaufen.
- Die NIC's vertrauten darauf, diese Anleihen zurückzahlen, indem sie ihre produzierten Güter den Ländern der OECD und der OPEC verkaufen. Das war durchaus denkbar, und zwar aus zwei Gründen:
 - die Produktivitätsgewinne in diesen »neuen« Ländern stiegen sehr schnell (wohingegen sie sich in den nördlichen Ländern beträchtlich verlangsamten hatten) und ihre Lohnkosten pro Stunde waren 5 bis 10 mal niedriger;
 - der Weltmarkt war weiterhin expansiv, dank der »sozialdemokratischen Krisensteuerung«.

In dieser höchst zerbrechlichen Übergangskonfiguration konnten die »NICs« Wachstumsraten von jährlich 10 % erreichen, was für eine »Große Krise« schon erstaunlich war!

5. Eine unnötige Katastrophe: der monetaristische Schock (1980-1983)

Die Schwachstellen eines solchen Akkumulationsregimes waren jedoch offensichtlich:

— Zwar verhinderte das »Sicherheitsnetz« der monopolistischen Regulation im Norden eine Depression, aber es behinderte zugleich durch die Rigidität der Regelungen für die Arbeitskraft und der Kapitalallokation zwischen den Branchen die Entwicklung neuer Produktions- und Konsumnormen.

— Das internationale Kreditgeld beruhte, wie jedes Kreditgeld, auf der Annahme, daß das Akkumulationsregime sich wieder stabilisieren würde und daß die Ausgabeländer dieses Kreditgeldes (die USA) bedingungslos den Gegenwert der ausgegebenen Geldzeichen in Form wettbewerbsfähiger Waren liefern könnten. Gegen Ende der 70er Jahre wurde klar, daß weder das eine, noch das andere der Fall war. Das Wachstum blieb mittelmäßig, die Produktivitätsgewinne verlangsamten sich weiterhin (während das fixe Kapital pro Kopf weiter anwuchs) und der amerikanische Dollar wurde immer umstrittener und seine internationale Kaufkraft sank.

Der Aufstieg monetaristischer Koalitionen an die Macht (in England mit dem Sieg der Konservativen, in den USA mit Volker an der Spitze des FED und dann Reagan als Präsident) drückt die Ohnmacht gegenüber dieser Entwicklung aus. Die Ideen des Liberalismus haben sich erneut durchgesetzt, weil es sonst nichts gab: das einfache Spiel der freien Kräfte auf dem Markt sollte die Unternehmen selektieren und die Entwicklungen der Zukunft einleiten, sowie die Schlacke der Vergangenheit beseitigen und die Berechenbarkeit des Verhaltens wieder einführen.

Diesen beiden Koalitionen gelang es in wenigen Monaten, das ökonomische Wachstum der fünf vorhergehenden Jahre in ihren eigenen Ländern auszulöschen, indem sie die Ausgaben des Wohlfahrtsstaates drastisch begrenzten und die »Pseudo-Verwertung« der Im-Entstehen-begriffenen-Werte, die auf dem fordistischen Akkumulationsregime basierten, blockierten (durch die drastische Begrenzung der Kredit-Geld-Emissionen). Doch dadurch lösten sie eine höchst komplexe Kettenreaktion aus (Aglietta, Brender, 1982; Lipietz, 1983 d). Sie zwangen nicht nur — über den Mechanismus »Internationalisierung-Austerität« — alle anderen Länder zur Aufgabe der sozialdemokratischen Krisensteuerung (einschließlich Frankreichs Regierung unter Mitterrand; Lipietz, 1984), sondern sie trockneten damit zugleich das internationale Kreditgeld aus, indem sie die Außenhandelsüberschüsse der OPEC verschwinden ließen. Kreditgeld wurde rar und teuer, und damit verdichtete sich seine Nachfrage auf dem Weltmarkt. Und im Ergebnis sahen sich die Länder des peripheren Fordismus nicht mehr in der Lage, ihre Schulden zurückzuzahlen.

Mexiko erklärte sich im August 1982 für zahlungsunfähig und gab somit das Signal für eine verallgemeinerte Zahlungsunfähigkeit. Man befand sich am Rande eines weltweiten Finanzkrachs. Die Reagan-Administration verwarf darauf den Monetarismus, zwang das Weltbankensystem, einer allgemeinen und erneuten Schuldenverlängerung der Dritten Welt zuzustimmen und praktizierte im eigenen Land unversehens den alten Keynesianismus, fast wie zu Kennedys Zeiten. »Tax-cuts« und wachsende Militärausgaben riefen ein riesiges Haushaltsdefizit hervor, das durch die amerikanische Bundesbank finanziert wurde und wird. Der darauf folgende »Boom« beruhte weitgehend auf einer Steigerung des privaten Verbrauchs (insbesondere durch den Wohnungsbau) und führte die amerikanische Industrie innerhalb eines Jahres (1983) wieder auf das Niveau von 1979 zurück. Das daraus folgende, beträchtliche Außenhandelsdefizit unterbricht die Rezession in den Ländern der OECD und führt zu einem

begrenzten Wiederaufschwung durch den Export in Japan und durch den Konsum und den Wohnungsbau in der BRD.

Aber die Emission von Kreditgeld bleibt auf die Bedürfnisse der amerikanischen Administration begrenzt. Der Wiederaufschwung reicht nicht, um die Überschüsse der OPEC wiederherzustellen. Da die NICs ruiniert sind (mit Ausnahme derjenigen der japanischen Sphäre) und ihre Schulden nicht zurückzahlen, bleiben die Multiplikatoreffekte der Schaffung von Xen-Dollars beschränkt. Der Dollar bleibt außerhalb der USA rar und teuer. Der monetaristische Schock ist noch lange nicht aufgehoben

Und selbst in den USA bleiben seine positiven Auswirkungen zweifelhaft. Der Wiederaufschwung dort gründet sich nicht auf einem neuen Entwicklungsmodell, sondern es ist die Rückkehr zu den 70er Jahren. Zwar wurde die Inflation durch die Verbilligung importierter Waren und durch kurzfristige Produktivitätsgewinne in der Folge der Reaktivierung ungenutzter Kapazitäten beträchtlich gesenkt. Doch die auf der amerikanischen Stärke basierende Überbewertung des Dollar, wie gegen Ende der 60er Jahre, kann, wie 1971, erneut abrupt zudegehen. Und die Kontraktion traditioneller Industrien, wie der Automobilbau, hat zwar eine weitgehende Rationalisierung ermöglicht, aber sie kündigt noch nicht die Möglichkeit eines neuen Wachstums an, das auf den neuen Technologien beruht. Diesen Punkt werden wir abschließend und notwendigerweise abstrakt untersuchen.

III. Ein technologischer Ausweg aus der Krise?¹⁰

Der Glaube an die Existenz eines neuen Entwicklungsmodells, welches potentiell in der technologischen Revolution enthalten sei, ist beispielhaft ausgedrückt in einem Buch, das vor dem Sieg der Linken in Frankreich Furore machte: »Die Krise des XXten Jahrhunderts« von Jean Hervé Lorenzi u.a. Sie fassen die Krise dergestalt zusammen (und verwenden dabei manchmal die Arbeiten von Theoretikern der intensiven Akkumulation auf mißbräuchliche Art und Weise), daß die Produktivität zu schwach sei, das fixe Kapitals zu unbeweglich und der tertiäre Sektor unproduktiv und aufgebläht. Demgegenüber würde die Elektronik es erlauben,

- die Produktivität zu erhöhen (einschließlich und ganz erheblich im tertiären Bereich) und damit die Kosten zu senken, während gleichzeitig die Kaufkraft steigen würde;
- die Kosten des fixen Kapitals zu senken und damit die Eigenfinanzierungsrate anzuheben und
- neue Bedürfnisse und damit neue Waren zu schaffen.

Wir hätten also ein neues Modell vor uns, das dem vorherigen Akkumulationsregime recht ähnlich sei, weil auf die Massenproduktion und -konsumtion zentriert, *doch* mit neuen Produkten und neuen Verfahren und mit einer neuen zentralen Branche: der elektronischen-, Büro-, teleinformatischen- und automatischen Industrien. Die Krise wäre also nur eine Krise der Veränderung (Mutation) von einem Modell zum anderen.

Wir wollen diese optimistische und ein wenig simple (zugegeben, von uns vereinfachte) Ansicht infragestellen. Die Nichtübereinstimmung bezieht sich auf die vorgeschlagene automatische und lineare Verbindung, die dieser Ansatz zwischen der Entwicklung einer Technologie und der Herausbildung eines neuen Entwicklungsmodells zieht.

Zwischen Technologie und Entwicklungsmodell existieren eine ganze Reihe von Verbindungsgliedern; nämlich die gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse. Von der Tech-

nologie bis zur technischen Anwendung: die *unmittelbaren Produktionsverhältnisse* (wer entscheidet, wie das Arbeitskollektiv organisiert wird?); von der Produktion bis zur Ökonomie: die *Gesamtheit sozio-ökonomischer Verhältnisse* (wird es genügend Konsumenten, genügend Investoren geben? Um was zu produzieren? Um welche Form der Vollbeschäftigung sicherzustellen?). Anders gesagt, ein neues Akkumulationsregime und eine neue Regulationsweise, insbesondere des Lohnverhältnisses (oder andere Produktionsverhältnisse, warum nicht?) müssen erst noch gefunden werden.

Und selbst wenn man ein neues Entwicklungsmodell entworfen hätte, wie kann man vom alten, absterbenden Modell zum neuen übergehen, welches doch so schwierig geboren wird? Wie lassen sich die Umstrukturierungen finanziell, aber vor allem menschlich bewältigen? Und welches sind darüber hinaus die Gegenstände und die Subjekte einer solchen Transformation? Da das Unternehmensprestige z.Zt. in der Wertschätzung ganz oben, die Selbstbestimmung und alternative Formen zur Lohnarbeit jedoch ganz unten stehen, ist es wahrscheinlich, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse im wesentlichen *erneuerte Lohnverhältnisse* bleiben. Und nichts beweist, daß der Staat — und auch nicht das durch den Markt geregelte Verhältnis Unternehmen - Lohnabhängige — in der Lage ist, diese Veränderungen vollständig herbeizuführen, und es ist nicht einmal sicher, daß dieses wünschenswert sei¹¹. Auch hier müssen wir neue Wege finden.

1. Neue Arbeitsbeziehungen

Gehen wir von der Elektronik aus, der Technologie, die weiter entwickelt und weiter verbreitet ist, als die schöpferische Kraft der Biologie oder der Atomkraft. Abstrahieren wir von ihrer Anwendung im tertiären Bereich (Verwaltung, Unterrichts- und Gesundheitswesen) und gehen wir direkt ins Zentrum der Probleme: die Anwendung der Informatik in der Industrie, die informatisierte Produktion.

Was bringt die Informatik? Nicht so sehr Produktivitätsgewinne pro Sekunde angewandter Maschinen-Zeit, sondern vor allem zwei Dinge: die Möglichkeit, die Maschinen einer Werkstatt *vollzeit* zu nutzen und die Produktion flexibel zu machen (Coriat, 1983). Ein fordistischer Betrieb, der auf der doppelten Spezialisierung der Maschinen und der Menschen beruht, nutzt die Zeit äußerst schlecht: Wartezeiten zwischen zwei Operationen, Zwischenlager, die sich anstauen; Unmöglichkeit, die Arbeitsplätze untereinander abzustimmen usw. ... Die automatisierte Leitung eines Betriebes hingegen erlaubt einen Sprung nach vorn in der Geschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit des produktiven Prozesses: jedes Stück kommt in dem Augenblick an seinen Platz, an dem es gebraucht wird und die elementaren Arbeitshandlungen sind bestens miteinander verkoppelt. Das ist das große Potential an Produktivität oder genauer Rentabilität, das durch die Informatik bereitgestellt wird.

Die vorausgehenden Investitionen sind teuer: Systeme ferngesteuerter Transportwagen, zentrale und dezentrale Schalterkreise usw. ... Aber sie werden die volle Zeit genutzt.

Doch das ist nicht alles. Die Elektronik macht vor allem die Maschinen-Systeme flexibel. Schon seit langer Zeit wird das Prinzip der Automation in der Fabrik angewandt und die Menschen haben Maschinen gebaut, die ganz alleine ihre eigenen Bewegungen nachmachen, wie die Fließbänder in der Automobilfertigung oder die Preßwerke. Aber diese riesigen Installationen konnten nur eine Reihe von Bewegungen machen, um immer das gleiche Produkt hervorzubringen. Der Roboter hingegen kann sich den Aufgaben anpassen, das Werkzeug wechseln, von einer Aufgabe zur nächsten übergehen und all dies dank einer schnellen

Neuprogrammierung. Der roboterisierte Betrieb kann sich also an eine wechselnde Nachfrage anpassen und von einer Kleinserie zur nächsten Kleinserie übergehen.

Erste Bemerkung: die Einführung der Elektronik in den betrieblichen Produktionsprozeß erfordert eine unwahrscheinliche Mobilisierung und eine Neuzusammensetzung *allen* Wissens und aller Kenntnisse, einschließlich jener Tausende von spontanen Bewegungen, mit denen auch der taylorisierteste Arbeiter aus Instinkt und Erfahrung die Instruktionen der Arbeitsplanungsabteilungen den konkreten Bedingungen anpaßt (und somit die »Lücken« der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation schließt), aber vor allem und offensichtlich jenes industriellen Wissens, das die Facharbeiter und die Techniker im Verlaufe ihrer Arbeit angesammelt haben. Die *Informatisierung der Produktion kann nicht eingeführt werden ohne eine neue Systematisierung des Wissens* und der Kenntnisse, selbst wenn schlüsselfertige Fabrikanlagen aus dem Ausland gekauft werden. Mit Robotern zu produzieren erfordert vor allem die Mobilisierung der Produzenten in der Kontinuität ihrer Erfahrung.

Zweite Bemerkung: selbst wenn ein roboterisierter Betrieb aufgebaut ist und selbst wenn eine Technologie benutzt wird, zu der es zuvor kein menschliches Äquivalent gab (wie die Laserschneidetechnik), bleibt die Intervention des qualifizierten kollektiven Arbeiters unverzichtbar, sogar wenn er in der Theorie keine Bewegung mehr auszuführen hat. Das hat das Beispiel der Petrochemie gezeigt, einer »Prozeßindustrie«, die die ideale Grenzlinie zu einer vollständig automatisierten Produktions- oder Montagewerkstatt bildet. Dort bleibt der »Instinkt« der Arbeiter für den optimalen Ablauf des Gesamtprozesses unverzichtbar — und er befindet sich sehr häufig im Widerspruch zu den Instruktionen der Ingenieure. Dieses erforderliche Wissen ist nicht notwendigerweise intellektualisiert, es ist ein *praktisches Wissen*.

Die von Leitstellen unterstützte Produktion kann sich in der Tat (ganz wie die Informatisierung der Büros) in zwei Richtungen entwickeln: entweder die Wiederherstellung der fordistischen Disziplin mit angelernten Arbeitern, die die Lücken in einer Kette von Robotern ausfüllen oder im Gegenteil die Entwicklung polyvalenter, qualifizierter Gruppen, die die Gesamtheit des Arbeitsprozesses überwachen.

Und genau dieses ist der Gegenstand des immensen sozialen Kampfes, den die Invasion der Roboter ankündigt. Die Interessen der Arbeiter beziehen sich eindeutig auf die zweite Entwicklungsrichtung. Diejenigen der Unternehmer (oder der Technostruktur) sind zwiespältig. Der zweite Weg ist der einzige, der ihnen das eröffnet, was die unternehmernahe Zeitschrift »Usine nouvelle« (July 1983) ein »abzubauendes Lager, eine Mine der Arbeiterproduktivität« nannte. Doch diese Neo-sozialdemokratische Logik widersetzt sich vollkommen den Unternehmertraditionen, der Kultur der Meister, den sozialen Arbeitsbeziehungen und den vom Fordismus vererbten technischen Dispositiven. Das gilt insbesondere für Frankreich, wo eine auf dem Rassenbismus und der Parzellierung der Arbeit beruhende Arbeitsorganisation sich als im Widerspruch zur Produktivität und Qualität befindlich erweist. Die Chancen potentieller Produktivität können nur realisiert werden durch eine *Gesamtverhandlung* zur Aufteilung der Gewinne, eine Umgestaltung der Lohneingruppierungen, eine Abschaffung der despotischen Betriebshierarchie und die Errichtung eines »Aufstiegsprofils« für die Arbeiter, die sich Wissen aneignen und damit bereichern, ebenso wie sie dadurch die Firma bereichern. Das wäre eine »Sozialtechnologie« und hat nicht viel zu tun mit der Informatik im engeren Sinne. Blicke noch das Gegenstück dieser Produktivitätsgewinne auf Seiten der gesellschaftlichen Nachfrage zu finden. Dies führt uns zum Problem der Regulation des Ganzen: Impliziert die Informatisierung der Produktion eine Massenproduktion und einen Massenkonsum, die die Vollbeschäftigung sichern?

2. Eine Neuverteilung der Produktivitätsgewinne

Im heutigen Europa der Krise geht es Firmen wie Volvo oder Mercedes, allgemeiner gesagt: Herstellern und Verkäufern von Luxusgütern relativ gut. Es gibt eine Nachfrage nach diesen »hochwertigen« Gütern und die »Kleinserienherstellung« ist absolut nicht mehr gleichbedeutend mit »handwerklicher« Arbeit. Aufgrund ihrer Flexibilität ist die informatisierte Produktion besonders geeignet, eine Folge kleiner Serien herzustellen, die sich der Mode der Abnehmer anpassen. Und anders als der alte Fordismus erfordert sie nicht mehr die Entwicklung der Massenproduktion und damit des Massenkonsums. Sie erlaubt — wie Benjamin Coriat feststellt — die Vorstellung »prosperierender Unternehmen in einer stagnierenden Welt«. Das Beispiel Japans, das die Welt mit Kleinwagen überschwemmt, entkräftet diese Feststellung nicht, denn der japanische Kapitalismus sucht seine Kunden außerhalb seiner nationalen Wirtschaft, er nutzt eine weltweite Nachfrage aus, die nicht durch die Löhne, die er bezahlt, stimuliert wurde. Das japanische Entwicklungsmodell ist also nicht verallgemeinerbar: es darf nur ein einziges Japan geben.

Versuchen wir also, über ein kohärentes Ganzes (Frankreich, Europa, Nordamerika) nachzudenken und uns ein vollständiges Akkumulationsregime vorzustellen, das zu seinen eigenen Gunsten investiert und produziert.

Wenngleich das neue, durch die informatisierte Produktion ermöglichte Entwicklungsmodell keinen Kaufkraftanstieg seiner Arbeiter erfordert, um die Produkte absetzen zu können, so könnten die sozialen Kämpfe einen solchen Anstieg fraglos durchsetzen. Bleibt also die Frage: kann die technologische Revolution das »bezahlen«, was der Fordismus nicht mehr konnte und ermöglicht sie damit eine Ausweitung der Kaufkraft soweit, daß Neueinstellungen gerechtfertigt sind? Die Frage ist extrem komplex.

Zuerst zur Frage, ob die informatisierte Produktion sich »auszahlen« kann, d.h., ob sie die Produktivitätsgewinne entsprechend beschleunigt? Offensichtlich hat sie dies bis heute nicht getan, denn nirgendwo in der Welt sind die Produktivitätsgewinne entsprechend angestiegen..., außer durch Rationalisierungen und Stilllegungen überalterter Anlagen, wie in England. Aber vielleicht hat sie noch keinen entsprechenden Verbreitungsgrad. Die *direkte* Produktivität roboterisierter Arbeit nimmt deutlich zu (daher die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie, die weniger Arbeitskräfte für gleich viel Autos braucht). Aber sinken denn die Gesamtkosten (Kosten für Roboter und Kosten für die Arbeitskraft)? Das ist nicht so offensichtlich, denn die Unternehmen, die Roboter einsetzen, tun dies häufig, um »auf dem Stand der laufenden Konkurrenz« zu sein, um sich aufbegehrender Arbeiter zu entledigen (wie bei Fiat), usw. Denn die Roboterisierung gehorcht ebensowohl einer Logik sozialer Auseinandersetzungen im Betrieb wie reinen Rentabilitätsfragen.

Doch unterstellen wir, daß die *Gesamt*produktivität (das Warenvolumen in bezug zur Arbeit, die im Roboter inkorporiert ist, sowie die direkte Arbeit) anwächst: das ist immerhin mittelfristig und auf Zeit gesehen sicher, auch wenn man nicht weiß, in welchem Rhythmus sie wächst. Und das bedeutet, daß die informatisierte Produktion für eine gleichbleibende Menge hergestellter Produkte in der Summe Arbeitsplätze vernichtet. Die Redeweise »Der technische Fortschritt vernichtet keine Arbeitsplätze, weil man Menschen braucht, um die Maschinen zu konstruieren«, ist ein Sophismus, denn wenn man zur Erzielung des gleichen Ergebnisses die gleiche Menge an Gesamtarbeit benötigte, um mit Roboter oder um ohne Roboter zu produzieren, dann würde nicht roboterisiert. Der technische Fortschritt ermöglicht das Schaffen von Arbeitsplätzen, *wenn die Produktnachfrage ansteigt oder die Arbeitszeit ab-*

nimmt. Die ganze Geschichte des Kapitalismus über einen langen Zeitraum betrachtet, ist eine Kombination dieser beiden Bewegungen.

Man kann zwar (und das führt uns zu einer berühmten marxistischen Polemik zu Anfang dieses Jahrhunderts zurück) ein Reproduktionsschema entwerfen, das auf einer reinen Akkumulation der Produktionsgüter beruht, ohne eine Erweiterung der Endnachfrage pro Kopf, doch in der Praxis sind solche Regime nicht beständig — außer im Fall eines Staatskapitalismus, wie dem des stalinistischen Rußlands. Doch lassen wir dieses weder wünschbare noch wahrscheinliche Schulbeispiel beiseite.

In einem vorwiegend liberalen Kapitalismus wird nur im Hinblick auf eine zukünftige Produktion investiert, die einer Endnachfrage bedarf und jene rechtfertigt dann wiederum die Investitionen. Ermöglicht nun die informatisierte Produktion ein Anwachsen der Nachfrage (über einen Lohnanstieg), und rechtfertigt sie damit die ultra-modernen Investitionen und schafft somit neue Arbeitsplätze? Anders gesagt: läßt sich durch sie der gute alte fordistische Kreislauf wiederherstellen, indem die »Früchte des Wachstums geteilt werden«? Um dies zu erreichen, langt es nicht, Produktivitätsgewinne auszulösen, sondern diese Gewinne müssen zumindest höher sein als der Kostenanstieg durch die Roboterisierung, damit mit der erweiterten Produktion eines jeden Lohnarbeiters die Investitionen zur Informatisierung als auch der Anstieg seiner Kaufkraft bezahlt werden kann. Wenn die Kosten der Informatisierung pro Produzent zu schnell ansteigen, dann werden die Produktivitätsgewinne dazu dienen, die Investitionen zu bezahlen und dann muß der Anteil des Profits (der privaten oder staatlichen Unternehmen — das bleibt gleich) im Verhältnis zu den Löhnen anwachsen und in der Folge davon wird die Kaufkraft langsamer steigen als die Produktivität und damit Arbeitsplätze vernichten.

Von daher ist es absolut möglich, daß die gegenwärtige »technologische Revolution« die kapitalistischen Länder genau in der Situation der fordistischen Krise beläßt, mit schwachen Kaufkraftsteigerungen und einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, *selbst in einer geschlossenen Ökonomie, die »entkoppelt« ist vom tückischen Kreislauf der Internationalisierung-Austerität*. Entscheidend ist also, zu wissen, ob die Investitionskosten pro Kopf der »technologischen Revolution« schneller oder langsamer wachsen als die von ihr ausgelöste Produktivität. Darüber wissen wir aber überhaupt nichts. Es hilft nicht weiter, auf den konstanten Preisverfall der Chips und der Schaltelemente zu verweisen: die Elektronik hat nur einen Anteil von 15 % im Preis eines Roboters. Weder wird die ganze Industrie automatisiert werden, noch gibt es nur die Roboter in den automatisierten Fabriken, noch läßt sich die Ökonomie auf die verarbeitende Industrie allein reduzieren. Die gegenwärtig verfügbaren *globalen* Statistiken zeigen im Gegenteil an, daß z.Zt. die Investitionen pro Kopf immer weiter ansteigen und daß diese Investitionen nicht die entsprechenden Produktivitätsgewinne auslösen — auch wenn sich die diesbezügliche Lage weniger schnell verschlechtert als in den 70er Jahren.

Ein massiver Anstieg der allgemeinen Kaufkraft wird also vermutlich nicht der Weg sein, auf dem die durch die »technologische Revolution« ausgelösten Produktivitätsgewinne absorbiert werden. Das Risiko ist sehr groß, eine Mehrheit der Bevölkerung mit stagnierendem oder nur gering steigendem Einkommen neben einer wohlhabenden Minderheit existieren zu sehen, die sich an den Spielereien und dem Nutzen der »technologischen Revolution« erfreut und einer anderen, wachsenden Minorität, die aufgrund eines zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unzureichenden Investitionswachstums zur Arbeitslosigkeit verurteilt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es nicht möglich sein, die Produktivitätsgewinne der informatisierten Produktion durch eine signifikative Steigerung der durchschnittlichen Kaufkraft ei-

nes jeden Lohnabhängigen aufzufangen, wenn die Modernisierung der Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze finanziert werden muß. Da die technologische Revolution dennoch Produktivitätsgewinne auslöst, müßten diese Gewinne also durch eine massive Arbeitszeitverkürzung aufgefangen werden.

Schlußbemerkung

Man könnte die Reihe der Fragen über den »technologischen Ausweg aus der Krise« fortsetzen (Welche neuen Bedürfnisse sind zu befriedigen? Welche Technik sollen wir aus dem Angebot wissenschaftlicher Kenntnisse auswählen? Wie verändert sich dadurch das System internationaler Beziehungen? usw.). Aber die erwähnten Beispiele reichen aus, um zu sagen: wenn es einen Ausweg aus der Krise gibt, dann wird er erheblich höhere Innovationsfähigkeiten im Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Regulationsweisen dieser Verhältnisse erfordern, als im rein technologischen Bereich (sei es auf Seiten der Produkte oder auf Seiten der Verfahren) zu beobachten sind.

Es handelt sich hierbei nicht darum, das Kind mit dem Bade auszuschütten und nun von der Chronik der technisch-wissenschaftlichen Erfindungen zu abstrahieren und die großen Erneuerungen (wie die Erfindung der Dampfmaschine, des elektrischen Motors, der Verbrennungsmotoren oder auch der Nuklearenergie...) für vernachlässigungswert zu halten. Wir wollten nur folgendes hervorheben:

- * Die Geschichte der Menschen, auch wenn sie auf eine ökonomische Geschichte reduziert wird, ist eine *soziale* Geschichte, deren Motor ebenso in den Kämpfen um die Kontrolle des Produktionsprozesses und der gesellschaftlichen Reproduktion und selbst in der Entwicklung der Gewohnheiten und Konventionen zu finden ist, wie in der 'linearen' oder 'stufenweisen' Entwicklung der Produktivkräfte.
- * Relativ stabile Wachstumsphasen unterstreichen die Stabilität eines Akkumulationsregimes, das als Entwicklungsmodell akzeptiert und in institutionellen Formen gegossen ist, die zu einer Regulationsweise führen.
- * Größere Krisen entstehen aus einer Entregulierung der sozialen Verhältnisse, sei es innerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses, sei es auf der Ebene der Regulationsweise, sei es auf beiden Ebenen zur gleichen Zeit oder auch als Widerspruch zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise.
- * Im Inneren ein und derselben großen Krise können mehrere Phasen aufeinander folgen, und die unüberlegte Infragestellung einer Regulationsweise im Namen eines Glaubensbekenntnisses in die Tugenden des Liberalismus, kann katastrophale Folgen haben.
- * Selbst wenn die gegenwärtigen technologischen Kenntnisse die Tür zu einer Krisenlösung öffnen können, so bleibt es doch die Aufgabe der sozialen Bewegungen, den Schlüssel dafür zu finden.

Die Übersetzung besorgte Christof Watkinson

Anmerkungen

- 1 Die ersten und grundlegenden Arbeiten, die diesen Ansatz entwickelten, sind die Habilitationsschrift von M. Aglietta (1974) und die Arbeiten des CEPREMAP (1977), aus denen dann später die Bücher von Aglietta (1976), Boyer/Mistral (1978) und Lipietz (1979, 1983 a) entstanden.
- 2 Dazu gehören u.a. Arbeiten von J. Mistral und A. Lipietz im Rahmen des CEPREMAP und auch jene im Umkreis von M. Aglietta und A. Brender im CEPII.
- 3 Der Text in diesem ersten Abschnitt will keineswegs einen Konsens innerhalb der »Regulationsschule« formulieren — obwohl er ursprünglich zu diesem Zwecke geschrieben wurde! Nebenbei bemerkt erkennt man in diesem Teil die noch vorhandenen Verbindungen und die Differenzen zur vorhergehenden Periode des »strukturalistischen Marxismus« von Althusser, Balibar, Bettelheim u.a.
- 4 Eine ausführlichere Analyse der Gefahren solcher Konzeptionen im Bereich »imperialistischer« Beziehungen findet sich in Lipietz (1983 b).
- 5 Näheres zu diesen, bei den Vertretern der »Regulationsschule« (die nicht (mehr) alle Marxisten sind) umstrittenen Punkten (Wert, Preis, Geld) vgl. Lipietz (1983 a, 1983 c) und Aglietta/Orlean (1982).
- 6 Einige Ausführungen zu den Besonderheiten der Regulation im Staatskapitalismus finden sich in Leborgne/Lipietz (1983) und vor allem in Chavance (1980).
- 7 Zum Entstehungsprozeß des Taylorismus und Fordismus vgl.: Coriat (1979), Boyer (1983) und Linhart (1983).
- 8 In diesem Rahmen haben die Autoren (Delorme/Andre) den Begriff des »institutionalisierten Kompromisses« eingeführt und weiterentwickelt.
- 9 Der grundlegende, aber nicht der ausschließliche Parameter. Die »Qualität« der internationalen Verflechtungen muß ebenfalls berücksichtigt werden: das ist der Schwerpunkt zahlreicher Arbeiten des CEPII und des CEPREMAP.
- 10 In diesem Abschnitt greifen wir einige Schlußfolgerungen der Arbeit von Lipietz (1984) auf.
- 11 Vgl.: Boyer/Mistral (1984) und Lipietz (1984).

Literatur

- Aglietta, M. (1974): *Accumulation et régulation du capitalisme en longue période*, Paris I.
- Aglietta, M. (1976): *Régulation et crises du capitalisme*, Paris.
- Aglietta, M., Brender, A. (1984): *Les métamorphoses de la société salariale*, Paris.
- Aglietta, M., Orlean, A. (1982): *La violence de la monnaie*, Paris.
- Bertrand, H. (1978): »La croissance française analysée en sections productives« *Statistiques et Etudes Financières*, Série Orange, n°35, Paris.
- Boyer, R. (1978): »Les salaires en longue période«, *Economie et Statistiques*, n°105, Septembre.
- Boyer, R. (1979): »Déterminants et évolution probable de la productivité et de l'emploi: un essai de synthèse de travaux récents«, *CEPREMAP* n°7922.
- Boyer, R. (1982): »Origine, originalité et enjeux de la crise actuelle en France: une comparaison avec les années trente«, in *La crise économique et sa gestion*, Montréal.
- Boyer, R. (1984): »L'introduction du taylorisme en France à la lumière de recherches récentes«, *Travail et Emploi* n°18, Oct.-Déc.
- Boyer, R., et Mistral, J. (1978): *Accumulation, inflation et crise*, Paris, 2^e édition 1983.
- Boyer, R., et Mistral, J. (1984): »Entre l'Etat et le Marché: conjuguer l'économique et le social«, *Esprit* n°1, Janvier.
- Boyer, R., Petit, P. (1984): »Politique industrielle et impact sur l'emploi: les pays européens face à la contrainte extérieure«, *Revue d'Economie Industrielle* n°27, Janv.-Fév.
- de Brunhoff, S. (1976): *Etat et Capital*, Paris.
- C.E.P.R.E.M.A.P. (1977): *Approches de l'inflation: L'exemple français*, rapport au Cordes par Benassy, J.P., Boyer, R., Gelpi, R.M., Lipietz, A., Mistral, J., Munoz, J., Ominami, C., Paris, mimeo.

- Chavance, B. (1983): *Le capital socialiste*, Paris.
- Coriat, B. (1979): *L'atelier et le chronomètre*, Paris.
- Coriat, B. (1983): *La robotique*, Paris.
- Delorme, R., Andre, Ch. (1983): *L'Etat et l'Economie*, Paris.
- Leborgne, D., Lipietz, A. (1983): »Est, Ouest: deux modes de régulation du capitalisme«, *Reflets et perspectives de la vie économique* n°4, Bruxelles.
- Linhart, R. (1983): »Le Taylorisme entre les deux guerres: quelques problèmes«, *Travail et Emploi* n°18, Oct-Déc.
- Lipietz, A. (1979): *Crise et inflation: pourquoi?* Paris.
- Lipietz, A. (1981): »Vers une mondialisation du fordisme«? en danois: A. Wangel ed. *Sociologi – Internationale Arbejdsstudien* n°1, Copenhague, 1983.
- Lipietz, A. (1982): »Derrière la crise: la tendance à la baisse du taux de profit«, *Revue Economique* n°2, Mars.
- Lipietz, A. (1983 a): *L'envol inflationniste*, Paris.
- Lipietz, A. (1983 b): »La nouvelle division internationale du travail: proportions théorétiques«, D. Cameron et f. Houle ed., *Le Canada et la nouvelle Division Internationale du travail*, Ed. Univ. Ottawa.
- Lipietz, A. (1983 c): »Le débat sur la valeur: Bilan partiel et perspectives partiales«, *CEPREMAP* n°8306, à paraître dans *Colloque Marx*, Ed. de l'E.H.E.S.S.
- Lipietz, A. (1983 d): »Le fordisme périphérique étranglé par le monétarisme central«, *Amérique Latine* n°16, déc.
- Lipietz, A. (1984): *L'audace ou l'enlèvement*, Paris.
- Lorenzi, J.H., Pastre, O., Toledano, J. (1980): *La crise du XXe siècle*, Paris.
- Mazier, J., Picaud, Y., Podevin, Y., Bertrand, H. (1982): »Les deux crises des années 1930 et des années 1970«, *Revue Economique* n°2, Mars.

Kursbuch 78:

Lust an der Theorie



Inhalt:

Günter Niklewski, Theorie als Inneneinrichtung

Tilman Spengler, Stirnwolkenbildung. Ein Plädoyer für theoretische Neugier

Stephen W. Hawking, Grenzen von Raum und Zeit. Versuche, das Universum zu verstehen

Valentin Braitenberg, Tentakeln des Geistes. Vom Nutzen des Denkens in der Forschung

Erwin Chargaff, Die verfolgte Wahrheit. Der Begriff der Methode in den Wissenschaften

Peter Weingart, Anything goes – rien ne va plus. Der Bankrott der Wissenschaftstheorie

Sylvia Kade, Der Krieg der Experten gegen die Laien

Barbara Weinmayer / Herbert Will / Andreas Hamburger,

Vom Ich zum Selbst. Der Triebverlust der psychoanalytischen Theorie

Peter Weigelt, Konzentrationsstörungen. Kopfstände und Bauchtänze auf dem Campus

Jörg Bopp, Geliebt und doch gehaßt.

Über den Umgang der Studentenbewegung mit Theorie

Eckhard Nordhofen, Botschafter des Bauchs. Die neuesten Angriffe auf die Vernunft

Hans Günter Holl, Theorie des Spiels der Theorie

Matthis Dienstag, Das kommt von dem. Oder der schöne Durst nach Erklärung

Exkurs: Lukian, Verkauf von Philosophentypen

Das **Kursbuch** erscheint mit vier Heften im Jahr. Einzelpreis DM 9.

Im Abonnement kostet das Heft statt DM 9 nur DM 7.

Abonnieren können Sie im Buchhandel oder direkt über den Rotbuch Verlag.

Rotbuch / Kursbuch Verlag

Potsdamer Straße 98 · 1000 Berlin 30
